

Bundesgesetzblatt⁴¹⁷

Teil I

G 5702

2019

Ausgegeben zu Bonn am 11. April 2019

Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
8. 4. 2019	Gesetz zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union FNA: neu: 170-12/1; neu: 170-12; 2212-2 GESTA: G016	418
8. 4. 2019	Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes FNA: 9231-1 GESTA: J010	430
8. 4. 2019	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes FNA: 2129-8 GESTA: N007	432
1. 4. 2019	Fünfte Verordnung zur Änderung der Seefischereiverordnung FNA: 793-12-3	434
4. 4. 2019	Bekanntmachung zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung (Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2019) FNA: neu: 310-4-10-9	443
Hinweis auf andere Verkündungen		
	Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 5	463
	Verkündungen im Bundesanzeiger	464

**Gesetz
zu Übergangsregelungen
in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales
und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten
Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union**

Vom 8. April 2019

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

- Artikel 1 Gesetz zu Übergangsregelungen im Bereich der sozialen Sicherheit und in weiteren Bereichen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (BrexitSozSichÜG)
- Artikel 2 Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
- Artikel 3 Übergangsregelung zum Staatsangehörigkeitsgesetz: Einbürgerung britischer und deutscher Staatsangehöriger
- Artikel 4 Inkrafttreten

Artikel 1

**Gesetz
zu Übergangsregelungen
im Bereich der sozialen
Sicherheit und in weiteren
Bereichen nach dem Austritt
des Vereinigten Königreichs
Großbritannien und Nordirland
aus der Europäischen Union
(BrexitSozSichÜG)**

Inhaltsübersicht

Teil 1

Soziale Sicherheit

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Begriffsbestimmungen
- § 2 Sachlicher Geltungsbereich
- § 3 Persönlicher Geltungsbereich
- § 4 Verhältnis zwischen diesem Gesetz und anderen Koordinierungsregelungen
- § 5 Zusammenrechnung und Umrechnung von Zeiten

Kapitel 2

Besondere Bestimmungen

Abschnitt 1

Leistungen
der gesetzlichen
Krankenversicherung,
der sozialen Pflegeversicherung
und der privaten Pflege-Pflichtversicherung

Unterabschnitt 1

Krankenversicherung

- § 6 Freiwillige Versicherung
- § 7 Sonderregelungen für Rentner
- § 7a Sonderregelungen für Studierende
- § 8 Sonderregelungen zum Ende der Mitgliedschaft

- § 9 Versicherung von Familienangehörigen
- § 10 Beitragsrechtliche Sonderregelung
- § 11 Anrechnung von Zeiten
- § 12 Ruhen der Leistungsansprüche und Anwartschaftsversicherung
- § 13 Kostenerstattung
- § 14 Übergangsvorschriften für begonnene Versorgungen
- § 15 Verträge mit Leistungserbringern im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland

Unterabschnitt 2

Pflegeversicherung

- § 16 Versicherungspflicht
- § 17 Familienversicherung
- § 18 Beitragsrechtliche Sonderregelung und Anrechnung von Zeiten
- § 19 Ruhen der Leistungsansprüche und Anwartschaftsversicherung
- § 20 Leistungsanrechnung
- § 21 Versicherte in der privaten Pflege-Pflichtversicherung

Abschnitt 2

Leistungen

bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

- § 22 Gleichstellung von Sachverhalten oder Ereignissen

Abschnitt 3

Leistungen

bei Alter, an Hinterbliebene und bei Invalidität

- § 23 Weiterversicherung
- § 24 Gleichstellung von Leistungen, Einkünften, Sachverhalten oder Ereignissen
- § 25 Leistungen bei Alter, an Hinterbliebene und bei Invalidität
- § 26 Vorschriften über die Zusammenrechnung von Zeiten
- § 27 Feststellung der Leistungen
- § 28 Doppelleistungsbestimmungen
- § 29 Zusammentreffen von Leistungen gleicher Art
- § 30 Zusammentreffen von Leistungen unterschiedlicher Art
- § 31 Übergangsbestimmungen
- § 32 Vorläufige Zahlungen und Vorschüsse
- § 33 Aufhebung der Wohnortklausel
- § 34 Zuständigkeit der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

Abschnitt 4

Leistungen bei Arbeitslosigkeit

- § 35 Arbeitslosengeld

Teil 2

**Sonstige Regelungen
des Zweiten und Dritten
Buches Sozialgesetzbuch,
des Altersteilzeitgesetzes und des
Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes**

- § 36 Aktive Arbeitsförderung
- § 37 Insolvenzgeld

- § 38 Auszahlung von Geldleistungen
- § 39 Altersteilzeit
- § 40 Arbeitnehmerüberlassung

Teil 3

Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 41 Verordnungsermächtigung

Teil 1

Soziale Sicherheit

Kapitel 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Teils ist oder sind

1. „Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit“:
 - a) die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 166 vom 30.4.2004, S. 1; L 200 vom 7.6.2004, S. 1; L 213 vom 12.8.2015, S. 65), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/492 (ABl. L 76 vom 22.3.2017, S. 13) geändert worden ist,
 - b) die Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 1; L 288 vom 22.10.2016, S. 58; L 54 vom 24.2.2018, S. 18), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/492 (ABl. L 76 vom 22.3.2017, S. 13) geändert worden ist,
 - c) die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 149 vom 5.7.1971, S. 2), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 592/2008 (ABl. L 177 vom 4.7.2008, S. 1) geändert worden ist,
 - d) die Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (ABl. L 74 vom 27.3.1972, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 120/2009 (ABl. L 39 vom 10.2.2009, S. 29) geändert worden ist, sowie
 - e) die Verordnung (EG) Nr. 859/2003 des Rates vom 14. Mai 2003 zur Ausdehnung der Bestimmungen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 und der Ver-

ordnung (EWG) Nr. 574/72 auf Drittstaatsangehörige, die ausschließlich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit nicht bereits unter diese Bestimmungen fallen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 1);

2. „Flüchtling“: eine Person im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559, 560) in der durch das New Yorker Protokoll vom 31. Januar 1967 geänderten Fassung;
3. „Staatenloser“: eine Person im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen (BGBl. 1976 II S. 473, 474);
4. „Versicherungszeiten“:
 - a) die Beitragszeiten, Beschäftigungszeiten und Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit, die nach den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt worden sind oder als zurückgelegt gelten, als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, sowie
 - b) alle gleichgestellten Zeiten, soweit sie nach den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt worden sind oder als zurückgelegt gelten, als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind.

§ 2

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Die Regelungen dieses Teils sind anzuwenden auf die folgenden Leistungen der sozialen Sicherheit, soweit sie in den sachlichen Geltungsbereich der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 fallen:

1. Leistungen bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit sowie Leistungen bei Mutterschaft nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch, nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch und dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte;
2. Leistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch;
3. Leistungen bei Alter, an Hinterbliebene und bei Invalidität nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch, nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte, von der hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung sowie von der Versorgungsanstalt der deutschen Kulturochester und der Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen;
4. Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch.

(2) Die §§ 28, 29 und 30 Satz 1 sind sinngemäß anzuwenden beim Zusammentreffen von Leistungen nach § 28 Absatz 1 oder 2

1. mit Versorgungsbezügen der Beamten und Richter des Bundes und der Soldaten sowie mit Versorgungsbezügen ihrer Hinterbliebenen oder
2. mit Leistungen nach dem Altersgeldgesetz.

§ 3

Persönlicher Geltungsbereich

(1) Die Regelungen dieses Teils gelten für

1. Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der

Schweiz oder des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie Staatenlose und Flüchtlinge mit Wohnort im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz oder des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und

2. weitere Drittstaatsangehörige, soweit diese nicht bereits unter Nummer 1 fallen und wenn sie ihren rechtmäßigen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland haben,

wenn für sie die Rechtsvorschriften der sozialen Sicherheit des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem Tag, an dem der Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union wirksam wird, sofern bis zu diesem Zeitpunkt kein Austrittsabkommen im Sinne von Artikel 50 Absatz 2 Satz 2 des Vertrages über die Europäische Union in Kraft getreten ist (Tag des Austritts), galten oder sie sich am Tag vor dem Tag des Austritts im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland dauerhaft oder vorübergehend aufhielten und dabei den Rechtsvorschriften der sozialen Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unterfielen.

(2) Die Regelungen dieses Teils gelten auch für Familienangehörige und Hinterbliebene der in Absatz 1 genannten Personen.

(3) Die Regelungen zur Gewährung von Leistungen bei Alter, an Hinterbliebene und bei Invalidität gelten nur für Personen im Sinne von Absatz 1, die vor dem Tag des Austritts Versicherungszeiten für solche Leistungen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zurückgelegt haben.

§ 4

Verhältnis zwischen diesem Gesetz und anderen Koordinierungsregelungen

(1) Nach den Regelungen dieses Teils zu berücksichtigende, nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zurückgelegte Versicherungs- und Beschäftigungszeiten sowie Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit sind zusätzlich zu solchen Versicherungs-, Beschäftigungs- und Wohnzeiten sowie Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen, die nach den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz zurückgelegt worden sind und nach den Vorgaben der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit zu berücksichtigen sind.

(2) Die Regelungen dieses Teils sollen den in § 3 genannten Personen keine Rechte gewähren, die über den Rechtszustand hinausgehen, der gelten würde, wenn das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland am Tag vor dem Tag des Austritts nicht aus der Europäischen Union ausgetreten wäre.

(3) Die Regelungen dieses Teils gelten für die vom persönlichen Geltungsbereich erfassten Personen unbeschadet ihrer Rechte aus dem Abkommen vom 20. April 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit. Die Regelungen sind nicht anzuwenden, soweit das Recht der Europäischen Union, im Besonderen Rechtsakte mit Notfallmaßnahmen zum Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union, unmittelbar gilt.

§ 5

Zusammenrechnung und Umrechnung von Zeiten

(1) Sofern die Regelungen dieses Teils nichts anderes bestimmen, berücksichtigt der zuständige Träger bei der Anwendung von Rechtsvorschriften, die

1. den Erwerb, die Aufrechterhaltung, die Dauer oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruchs,
2. die Anwendung bestimmter Rechtsvorschriften oder
3. den Zugang zu oder die Befreiung von der Pflichtversicherung, der freiwilligen Versicherung oder der freiwilligen Weiterversicherung

von der Zurücklegung von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten, Wohnzeiten oder Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit abhängig machen, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bis zum Tag vor dem Tag des Austritts zurückgelegten Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten oder Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit, als ob es sich um Zeiten handeln würde, die nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind.

(2) Für die Zusammenrechnung und Umrechnung von Zeiten gelten Artikel 12 Absatz 2 bis 6 und Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a und c sowie Absatz 2 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 entsprechend.

Kapitel 2

Besondere Bestimmungen

Abschnitt 1

Leistungen

der gesetzlichen Krankenversicherung,
der sozialen Pflegeversicherung und
der privaten Pflege-Pflichtversicherung

Unterabschnitt 1 Krankenversicherung

§ 6

Freiwillige Versicherung

(1) Der gesetzlichen Krankenversicherung können beitreten:

1. Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, die am Tag vor dem Tag des Austritts in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren und am Tag vor dem Tag des Austritts auf

der Grundlage der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit Sachleistungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland beanspruchen konnten,

2. Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, die am Tag vor dem Tag des Austritts im System der sozialen Sicherheit des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland im Krankheitsfall abgesichert waren und am Tag vor dem Tag des Austritts auf der Grundlage der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit dazu berechtigt waren, in der Bundesrepublik Deutschland Sachleistungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 in Anspruch zu nehmen.

(2) Der Beitritt nach Absatz 1 ist der gesetzlichen Krankenkasse innerhalb von drei Monaten nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union oder nach einem späteren Ausscheiden aus der Versicherungspflicht oder nach einer späteren Beendigung der Familienversicherung schriftlich anzuzeigen.

(3) Die Mitgliedschaft der in Absatz 1 genannten Versicherungsberechtigten in der gesetzlichen Krankenversicherung beginnt mit dem Tag des Austritts oder am Tag nach dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht oder am Tag nach Beendigung der Familienversicherung.

(4) Ein Beitritt nach dem Ende der Mitgliedschaft nach § 8 oder nach Ablauf von fünf Jahren nach dem Tag des Austritts ist ausgeschlossen.

§ 7

Sonderregelungen für Rentner

(1) Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland,

1. die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder der Alterssicherung der Landwirte beziehen und
2. am Tag vor dem Tag des Austritts nach § 5 Absatz 1 Nummer 11 bis 12 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder nach § 2 Absatz 1 Nummer 4 des Zweiten Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte in Verbindung mit den Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig waren,

bleiben in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig, solange die Voraussetzungen für das Bestehen der Versicherungspflicht mit Ausnahme des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts im Geltungsbereich des Sozialgesetzbuchs vorliegen.

(2) Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland,

1. die eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung oder der Alterssicherung der Landwirte beziehen und

2. am Tag vor dem Tag des Austritts auf der Grundlage der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert waren,

gelten als nach § 6 der gesetzlichen Krankenversicherung beigetreten, es sei denn, das Mitglied erklärt innerhalb von zwei Wochen, nachdem es von der Krankenkasse über das Fortbestehen der freiwilligen Mitgliedschaft informiert worden ist, seinen Austritt aus der gesetzlichen Krankenversicherung.

§ 7a

Sonderregelungen für Studierende

Personen, die am Tag vor dem Tag des Austritts an einer Hochschule im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland eingeschrieben sind und nach § 5 Absatz 1 Nummer 9 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit den Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig waren, bleiben in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig, solange sie an einer der genannten Hochschulen eingeschrieben sind und die weiteren Voraussetzungen für das Bestehen der Versicherungspflicht vorliegen.

§ 8

Sonderregelungen zum Ende der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft von Versicherten nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 und § 7 endet

1. mit dem Tag, an dem kein Wohnsitz und kein gewöhnlicher Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland mehr besteht, oder
2. mit dem Wirksamwerden der Kündigung der Mitgliedschaft (§ 175 Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch).

(1a) Die Mitgliedschaft von Versicherten nach § 7a endet mit dem Wirksamwerden der Kündigung der Mitgliedschaft (§ 175 Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch).

(2) Eine Kündigung der Mitgliedschaft ist abweichend von § 175 Absatz 4 Satz 1 und 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch jederzeit zum Ablauf des Kalendermonats, in dem das Mitglied seine Kündigung erklärt, möglich, wenn das Mitglied innerhalb dieses Zeitraums das Bestehen einer Absicherung im nationalen Gesundheitsdienst des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nachweist.

§ 9

Versicherung von Familienangehörigen

Bei Familienangehörigen von Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 6 Absatz 1 Nummer 1, den §§ 7 und 7a steht für die Anwendung der Vorschriften über die Familienversicherung nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte der Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland dem Wohnsitz oder dem gewöhnlichen Aufenthalt im Inland gleich. Dies gilt auch für Familienangehörige, die am Tag vor dem Tag des Austritts auf der Grundlage der Verord-

nungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland in der gesetzlichen Krankenversicherung familienversichert waren, solange sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland aufrechterhalten.

§ 10

Beitragsrechtliche Sonderregelung

Beschäftigte im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland,

1. deren Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bis zum Tag vor dem Tag des Austritts nach § 249 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit den Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit auch von ihrem Arbeitgeber getragen wurden oder für die ein Beitragszuschuss nach § 257 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zu leisten war und
2. die nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 der gesetzlichen Krankenversicherung beigetreten sind,

erhalten von ihrem Arbeitgeber als Beitragszuschuss den Betrag, der sich in entsprechender Anwendung des § 257 Absatz 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch ergibt.

§ 11

Anrechnung von Zeiten

Für die Versicherungspflicht und das Recht auf freiwillige Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung werden Zeiten im Sinne des § 5 Absatz 1, die im Zeitraum vom Tag des Austritts bis zum Ablauf von fünf Jahren nach dem Tag des Austritts nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zurückgelegt wurden, soweit erforderlich, angerechnet. Die Anrechnung von Versicherungszeiten setzt voraus, dass ein Beitrittsrecht nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 in diesem Zeitraum nicht bestand.

§ 12

Ruhen der Leistungsansprüche und Anwartschaftsversicherung

§ 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und § 240 Absatz 4b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sind für Mitglieder und deren Familienangehörige, die nach diesem Unterabschnitt in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, nicht anzuwenden, wenn sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland haben und im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland Leistungen in Anspruch nehmen. Dies gilt auch für Familienangehörige nach § 13 Absatz 1 Satz 2, Studierende nach § 13 Absatz 1 Satz 4 sowie für Versicherte in dem Fall des § 14.

§ 13

Kostenerstattung

(1) Mitglieder und deren Familienangehörige, die nach diesem Unterabschnitt in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind, sind berechtigt, im

Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland Leistungen im Wege der Kostenerstattung durch ihre Krankenkasse in Anspruch zu nehmen, sofern ein Anspruch im nationalen Gesundheitsdienst des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland oder gegen Dritte nicht besteht. Dies gilt auch für Familienangehörige von Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung, die unter den Voraussetzungen des § 9 Satz 2 familienversichert sind. Leistungen, die nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch antragspflichtig sind, unterliegen auch bei Kostenerstattung nach Satz 1 der Antragspflicht. Anspruch auf Kostenerstattung nach den Sätzen 1 und 3 haben auch Studierende, die am Tag vor dem Tag des Austritts an einer Hochschule im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland eingeschrieben waren und in der gesetzlichen Krankenversicherung familienversichert sind, solange sie an einer der genannten Hochschulen weiter eingeschrieben sind.

(2) Es dürfen nur solche Leistungserbringer in Anspruch genommen werden, die im nationalen Gesundheitsdienst des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Versorgung berechtigt sind.

(3) Der Anspruch auf Erstattung besteht höchstens in Höhe der Vergütung, die die Krankenkasse bei der Erbringung als Sachleistung im Inland unter Berücksichtigung von Zuzahlungen nach § 61 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zu tragen hätte.

(4) Der Anspruch auf Kostenerstattung nach Absatz 1 ruht, solange das Mitglied mit einem Betrag in Höhe von Beitragsanteilen für zwei Monate im Rückstand ist und trotz Mahnung nicht zahlt.

§ 14

Übergangsvorschriften für begonnene Versorgungen

(1) Haben Versicherte nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte vor dem Tag des Austritts im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland Sachleistungen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 auf der Grundlage der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in Anspruch genommen, die über den Tag vor dem Tag des Austritts andauern, erhalten sie von ihrer Krankenkasse für den Teil der Leistung, der nach dem Tag vor dem Tag des Austritts weitergeführt wird und den sie selbst beschafft haben, bis zum Ende des Krankheitsfalles eine Kostenerstattung in der nach § 13 Absatz 3 vorgesehenen Höhe, sofern für diesen Teil ein Anspruch im nationalen Gesundheitsdienst des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland oder gegen Dritte nicht besteht.

(2) Haben Versicherte nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch oder dem Zweiten Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte vor dem Tag des Austritts im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland im Wege der Kostenerstattung nach § 13 Absatz 4 und 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch Leistungen in Anspruch genommen, die über den Tag vor dem Tag des Austritts andauern, erhalten sie von ihrer Krankenkasse bis zum Ende des Krankheitsfalles eine Kostenerstattung in der nach § 13 Absatz 4 Satz 3, 5 und 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vorge-

sehenen Höhe für den Teil der Leistung, der nach dem Tag vor dem Tag des Austritts weitergeführt wird und für den kein Anspruch gegen Dritte besteht.

(3) Sofern für die Inanspruchnahme von Leistungen nach den Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit eine Genehmigung im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 durch die Krankenkasse erforderlich ist, besteht ein Anspruch auf Kostenerstattung für eine Leistung in der nach § 13 Absatz 3 vorgesehenen Höhe, wenn der oder die Versicherte den Antrag auf Genehmigung dieser Leistung vor dem Tag des Austritts bei der Krankenkasse gestellt hat und die Genehmigung erst nach dem Tag vor dem Tag des Austritts erteilt wird. Für die Erteilung der Genehmigung gelten die Vorschriften der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit über das Genehmigungsverfahren.

(4) Sofern für die Inanspruchnahme von Leistungen nach § 13 Absatz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch eine Genehmigung oder eine vorherige Zustimmung nach § 13 Absatz 5 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch durch die Krankenkasse erforderlich ist, besteht ein Kostenerstattungsanspruch nach § 13 Absatz 4 Satz 3, 5 und 6 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, wenn der oder die Versicherte den Antrag auf diese Genehmigung oder vorherige Zustimmung vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union bei der Krankenkasse gestellt hat und die Genehmigung oder Zustimmung erst nach dem Tag vor dem Tag des Austritts erteilt wird.

§ 15

Verträge mit Leistungserbringern im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland

Krankenkassen und ihre Verbände dürfen zur Versorgung ihrer Versicherten Verträge mit Leistungserbringern des nationalen Gesundheitsdienstes des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nach Maßgabe des Dritten Kapitels des Fünften Buches Sozialgesetzbuch und des dazugehörigen untergesetzlichen Rechts abschließen. Sachleistungen auf Grundlage von Verträgen nach Satz 1 gehen der Kostenerstattung nach § 13 Absatz 1 vor.

Unterabschnitt 2 Pflegeversicherung

§ 16

Versicherungspflicht

Wer nach § 7 Absatz 1 oder § 7a in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherungspflichtig bleibt, ist versicherungspflichtig in der sozialen Pflegeversicherung. Wer der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 6 beitrifft oder nach § 7 Absatz 2 als beigetreten gilt, ist als freiwilliges Mitglied der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 20 Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch versicherungspflichtig in der sozialen Pflegeversicherung. Die Mitgliedschaft in der sozialen Pflegeversicherung endet zu dem Zeitpunkt, zu dem die Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung endet.

§ 17

Familienversicherung

Für die Familienversicherung in der sozialen Pflegeversicherung gilt § 9 entsprechend mit der Maßgabe, dass die nach § 9 in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Familienangehörigen auch in der sozialen Pflegeversicherung familienversichert sind.

§ 18

Beitragsrechtliche

Sonderregelung und Anrechnung von Zeiten

Beschäftigte im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland,

1. deren Beiträge zur sozialen Pflegeversicherung bis zum Tag vor dem Tag des Austritts nach § 58 Absatz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit den Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit auch von ihrem Arbeitgeber getragen wurden oder für die ein Beitragszuschuss nach § 61 des Elften Buches Sozialgesetzbuch zu leisten war und
2. die nach § 6 Absatz 1 Nummer 1 der gesetzlichen Krankenversicherung beigetreten sind,

erhalten von ihrem Arbeitgeber als Beitragszuschuss den Betrag, der sich in entsprechender Anwendung des § 61 Absatz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch ergibt. Für die Anrechnung von Zeiten im Sinne des § 5 Absatz 1 für die Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung gilt § 11 entsprechend.

§ 19

Ruhe der Leistungsansprüche und Anwartschaftsversicherung

(1) § 34 Absatz 1a und § 37 Absatz 3 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch sind in Bezug auf Versicherte nach § 16 und deren Familienangehörige nach § 17 mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland einem Aufenthalt in einem der in § 34 Absatz 1a des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Staaten entspricht. Der Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland steht einem Aufenthalt in einem der in § 34 Absatz 1a des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Staaten auch gleich für Beitragszahlungen der Pflegekassen an den zuständigen Träger der gesetzlichen Rentenversicherung, an die Bundesagentur für Arbeit für Pflegepersonen nach § 44 Absatz 1 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch sowie für Beitragszahlungen an die Bundesagentur für Arbeit nach § 44 Absatz 2b des Elften Buches Sozialgesetzbuch sowie für die sonstigen Geldleistungen der Pflegeversicherung im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 883/2004, unabhängig davon, ob auch die Pflegeperson dem persönlichen Geltungsbereich nach § 3 unterliegt.

(2) Die Ansprüche auf Geldleistungen ruhen bei Aufenthalt im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland nicht bei Pflegebedürftigen, die unter den persönlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes nach § 3 fallen, sowie deren Pflegepersonen. § 57 Absatz 4 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit § 240 Absatz 4b des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sind für Mitglieder und Familienangehörige,

die nach diesem Unterabschnitt in der sozialen Pflegeversicherung versichert sind, nicht anzuwenden, wenn sie sich im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland aufhalten. Dies gilt nicht für Mitglieder und deren Familienangehörige, die der gesetzlichen Krankenversicherung nach § 6 Absatz 1 Nummer 2 beigetreten sind.

§ 20

Leistungsanrechnung

Den Geldleistungen der Pflegeversicherung entsprechende Leistungen, die der oder die Versicherte im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erhält oder erhalten kann, können von den Pflegekassen angerechnet werden. Die Versicherten sind zu Auskünften über im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland erhaltene Leistungen für die Pflege und zur Erbringung von entsprechenden Nachweisen verpflichtet.

§ 21

Versicherte in der privaten Pflege-Pflichtversicherung

(1) Personen, die am Tag vor dem Tag des Austritts in der privaten Pflege-Pflichtversicherung versichert sind, bleiben versichert. Sie können die Versicherung bis zum Ablauf von drei Monaten nach dem Tag des Austritts rückwirkend zum Tag des Austritts kündigen, danach mit Wirkung für die Zukunft.

(2) Ein Kündigungsrecht für die privaten Versicherungsunternehmen auf Grund des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union besteht nicht.

(3) Die §§ 17, 19 Absatz 1 und § 20 gelten entsprechend. Bis zum Tag vor dem Tag des Austritts bestehende Kostenerstattungsansprüche bleiben danach erhalten, sofern die tatsächlichen Voraussetzungen für die Ansprüche weiterhin vorliegen.

Abschnitt 2

Leistungen

bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

§ 22

Gleichstellung von Sachverhalten oder Ereignissen

Sofern auf Sachverhalte oder Ereignisse die Rechtsvorschriften des Siebten Buches Sozialgesetzbuch anwendbar sind, werden bei Anwendung der Artikel 5 und 40 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 neben den zu berücksichtigenden Sachverhalten oder Ereignissen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz eingetreten sind, auch Sachverhalte oder Ereignisse, die im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland eingetreten sind, so berücksichtigt, als ob sie im Geltungsbereich des Siebten Buches Sozialgesetzbuch eingetreten wären (Gleichstellung).

Abschnitt 3

Leistungen

bei Alter, an Hinterbliebene und bei Invalidität

§ 23

Weiterversicherung

(1) Personen, für die am Tag vor dem Tag des Austritts die Versicherungspflicht nach § 4 Absatz 1 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch allein wegen des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union endet, bleiben versicherungspflichtig, solange die Voraussetzungen für eine Versicherungspflicht nach den Vorschriften des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in der Europäischen Union vorliegen. Die Beendigung der Versicherungspflicht bedarf eines Antrags von der Stelle, die die Versicherungspflicht beantragt hat, oder vom Versicherungspflichtigen. Die Versicherungspflicht endet mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem der Antrag gestellt worden ist.

(2) Personen, die als Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland oder auf Grund ihres Wohnorts im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland am Tag vor dem Tag des Austritts freiwillig versichert waren, können sich weiterhin freiwillig versichern, solange

1. sie Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sind oder ihren Wohnort im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland haben und
2. die freiwillige Versicherung nicht nach § 7 Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch unzulässig ist.

Waren Personen nach Satz 1 am Tag vor dem Tag des Austritts nicht freiwillig versichert, aber zur freiwilligen Versicherung berechtigt, können sie sich unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen bis einschließlich zum Ablauf von fünf Jahren nach dem Tag des Austritts freiwillig versichern, soweit sie im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland nicht verpflichtend abgesichert sind.

(3) Personen, die am Tag vor dem Tag des Austritts eine Vollrente wegen Alters nach den Vorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bezogen haben und die auf Antrag in der deutschen Rentenversicherung pflichtversichert waren, bleiben versicherungspflichtig. Die Beendigung dieser Versicherungspflicht bedarf eines Antrags vom Versicherungspflichtigen. Die Versicherungspflicht endet mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem der Antrag gestellt worden ist. Personen, die am Tag vor dem Tag des Austritts eine Altersrente nach den Vorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bezogen haben und freiwillig versichert waren, können sich abweichend von Absatz 2 auch weiterhin freiwillig versichern.

§ 24

**Gleichstellung von Leistungen,
Einkünften, Sachverhalten oder Ereignissen**

(1) Hat nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland der Bezug von Leistungen der sozialen Sicherheit oder sonstiger Einkünfte bestimmte Rechtswirkungen, so sind diese Rechtsvorschriften entsprechend auch bei Bezug von Leistungen oder Einkünften nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland oder eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz anwendbar.

(2) Hat der Eintritt bestimmter Sachverhalte oder Ereignisse Rechtswirkungen nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, so werden neben den im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland eingetretenen Sachverhalten und Ereignissen auch die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder in der Schweiz eingetretenen entsprechenden Sachverhalte und Ereignisse berücksichtigt, als ob sie im Geltungsbereich des Rechts der Bundesrepublik Deutschland eingetreten wären.

§ 25

**Leistungen bei Alter,
an Hinterbliebene und bei Invalidität**

(1) Für die Regelungen dieses Abschnitts und des Kapitels 1 werden die bis zum Ablauf von fünf Jahren nach dem Tag des Austritts nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt. Dies gilt gleichermaßen für die Versicherungszeiten, die vor einem Zeitpunkt zurückgelegt wurden, zu dem die Rechtsvorschriften der Europäischen Union für diesen Staat galten.

(2) Bestand am Tag vor dem Tag des Austritts Anspruch auf die Leistung einer Rente, die unter Anwendung der Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union zuerkannt wurde oder nach dem Tag vor dem Tag des Austritts noch zuzuerkennen ist, werden aus Anlass der Rechtsänderung die einer Rente zugrunde gelegten persönlichen Entgeltpunkte nicht neu bestimmt.

(3) Bestand am Tag vor dem Tag des Austritts Anspruch auf einen Zuschuss zu den Aufwendungen für die Krankenversicherung nach § 106 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch und war der Berechtigte bereits zu diesem Zeitpunkt bei einem Krankenversicherungsunternehmen unter der Versicherungsaufsicht des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland privat versichert, wird dieser Zuschuss zu der Rente und einer sich unmittelbar daran anschließenden Rente desselben Berechtigten weitergeleistet.

§ 26

**Vorschriften
über die Zusammenrechnung von Zeiten**

(1) Ist die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängig, dass die Versicherungszeiten nur in einer be-

stimmten Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit oder in einem bestimmten Beruf zurückgelegt wurden, für die oder für den ein Sondersystem für beschäftigte oder selbständig erwerbstätige Personen gilt, berücksichtigt der zuständige Träger die nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zurückgelegten Zeiten nur dann, wenn sie in diesem Beruf oder in dieser Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit zurückgelegt wurden.

(2) Ist der Erwerb des Leistungsanspruchs davon abhängig, dass die betreffende Person bei Eintritt des Versicherungsfalls versichert ist, gilt diese Voraussetzung auch als erfüllt, wenn die betreffende Person

1. zuvor in der Bundesrepublik Deutschland versichert war und
2. beim Eintreten des Versicherungsfalls nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland für denselben Versicherungsfall versichert ist oder ihr nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland für denselben Versicherungsfall eine Leistung zusteht.

§ 27

Feststellung der Leistungen

(1) Für die Berechnung des geschuldeten Rentenbetrags sowohl für eine rein innerstaatliche Rente (autonome Leistung) als auch für eine zwischenstaatliche Rente (anteilige Leistung) gilt Artikel 52 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 entsprechend. Für die Berechnung des theoretischen und des tatsächlichen Leistungsbetrags der anteiligen Leistung nach Artikel 52 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 ist Artikel 12 Absatz 3, 4, 5 und 6 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 anzuwenden.

(2) Wenn Zeiten der freiwilligen Versicherung nach Artikel 12 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 nicht berücksichtigt worden sind, wird zur Feststellung der Leistungshöhe Artikel 43 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 entsprechend angewendet.

(3) Für die Berechnung des theoretischen Betrags und des anteiligen Betrags der Rentenleistung gilt ergänzend Folgendes:

1. Die Berechnungsgrundlage der Leistungen wird ausschließlich auf Grund der Versicherungszeiten nach den jeweiligen Bestimmungen des Rechts der Bundesrepublik Deutschland für Leistungen der sozialen Sicherheit ermittelt.
2. Zur Berechnung des Leistungsbetrags auf Grund von Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland zurückgelegt wurden, werden die Bezugsgrößen herangezogen, die auch für die Versicherungszeiten nach den jeweiligen Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland für Leistungen der sozialen Sicherheit maßgeblich sind.

(4) Die Vorschriften über die Anpassung der Bezugsgrößen, die für die Berechnung der anteiligen Leistungen berücksichtigt wurden, gelten auch für Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland.

§ 28

Doppelleistungsbestimmungen

(1) Jedes Zusammentreffen von Leistungen bei Alter, an Hinterbliebene oder bei Invalidität, die auf der Grundlage der von derselben Person zurückgelegten Versicherungszeiten berechnet oder gewährt wurden, gilt als Zusammentreffen von Leistungen gleicher Art.

(2) Das Zusammentreffen von Leistungen, die nicht als Leistungen gleicher Art im Sinne des Absatzes 1 angesehen werden können, gilt als Zusammentreffen von Leistungen unterschiedlicher Art.

(3) Für die Zwecke von Doppelleistungsbestimmungen, die in den anzuwendenden Rechtsvorschriften für den Fall des Zusammentreffens von Leistungen bei Alter, an Hinterbliebene oder bei Invalidität mit Leistungen gleicher Art oder Leistungen unterschiedlicher Art oder mit sonstigen Einkünften festgelegt sind, ist Artikel 53 Absatz 3 Buchstabe b, c und d der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 entsprechend anzuwenden.

§ 29

Zusammentreffen von Leistungen gleicher Art

Treffen Leistungen gleicher Art des zuständigen Trägers mit solchen, die nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland geschuldet werden, zusammen, so gelten die vorgesehenen Doppelleistungsbestimmungen nicht für eine anteilige Leistung. Im Übrigen ist Artikel 54 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 entsprechend anzuwenden.

§ 30

Zusammentreffen von Leistungen unterschiedlicher Art

Erfordert der Bezug von Leistungen unterschiedlicher Art oder von sonstigen Einkünften die Anwendung von Doppelleistungsbestimmungen, ist Artikel 55 Absatz 1 und 3 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 entsprechend anzuwenden. Hiervon abweichend wird § 97 Absatz 2 Satz 4 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch weiter vorrangig mit der Maßgabe angewendet, dass das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland wie ein Mitgliedstaat der Europäischen Union zu berücksichtigen ist.

§ 31

Übergangsbestimmungen

§ 30 ist ausschließlich auf Renten anzuwenden, für die Artikel 46c der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 am Tag vor dem Tag des Austritts nicht gilt.

§ 32

Vorläufige Zahlungen und Vorschüsse

(1) Stellt ein Träger bei der Bearbeitung eines Leistungsantrags fest, dass die antragstellende Person nach den von diesem Träger anzuwendenden Rechtsvorschriften Anspruch auf eine autonome Leistung nach § 27 Absatz 1 hat, so zahlt der Träger diese Leistung unverzüglich aus. Diese Zahlung ist bis zur Feststellung der endgültigen Leistung nach § 27 Absatz 1 als vorläufig anzusehen.

(2) Geht aus den verfügbaren Angaben hervor, dass die antragstellende Person Anspruch auf eine anteilige Leistung eines Trägers nach § 27 Absatz 1 hat, zahlt dieser Träger einen Vorschuss, dessen Höhe weitestgehend dem Betrag entspricht, der auf Grund des § 27 Absatz 1 wahrscheinlich festgestellt wird.

§ 33

Aufhebung der Wohnortklausel

(1) Geldleistungen bei Alter, an Hinterbliebene und bei Invalidität nach dem Recht der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte, die nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, auf Grund dieses Gesetzes oder auf Grund der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zu zahlen sind, dürfen nicht auf Grund der Tatsache, dass Berechtigte oder ihre Familienangehörigen sich im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und nicht in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union außerhalb der Bundesrepublik Deutschland gewöhnlich aufhalten, gekürzt, geändert, zum Ruhen gebracht, entzogen oder beschlagnahmt werden.

(2) Absatz 1 gilt nicht, soweit die in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 aufgeführten bilateralen Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten anderes bestimmen.

§ 34

Zuständigkeit der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung

Die §§ 126 und 128 Absatz 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch gelten für die Zuständigkeit der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend mit der Maßgabe, dass das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland wie ein Mitgliedstaat der Europäischen Union zu behandeln ist.

Abschnitt 4**Leistungen bei Arbeitslosigkeit**

§ 35

Arbeitslosengeld

(1) Für den Erwerb, die Aufrechterhaltung, das Wiederaufleben und die Dauer eines Anspruchs auf Arbeitslosengeld nach den Vorschriften des Dritten Buches Sozialgesetzbuch stehen Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland vor dem Tag des Austritts zurückgelegt wurden und die nach Artikel 61 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zu berücksichtigen gewesen wären, Zeiten eines Versicherungsverhältnisses nach § 24 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gleich. Sonstige vor dem Tag des Austritts nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zurückgelegte Beschäftigungszeiten und Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit, die nach dem Recht des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

keine Versicherungszeiten sind, sind entsprechend Satz 1 zu berücksichtigen, wenn diese Zeiten als Zeiten eines Versicherungspflichtverhältnisses gegolten hätten, wenn sie im Inland absolviert worden wären.

(2) Voraussetzung für eine Berücksichtigung von Zeiten nach Absatz 1 ist, dass die oder der Arbeitslose nach diesen Zeiten und vor der Entstehung des Anspruchs in einem Versicherungspflichtverhältnis nach § 24 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gestanden hat. Dies gilt nicht für Personen, die während ihrer letzten Beschäftigung oder selbständigen Erwerbstätigkeit nach den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt haben.

(3) Für die Bemessung der Ansprüche auf Arbeitslosengeld gilt Artikel 62 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 entsprechend.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Zusammenrechnung der Versicherungs- oder Beschäftigungszeiten nach Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 859/2003 in Verbindung mit Artikel 67 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71.

(5) Die Bundesagentur für Arbeit ist auf Anforderung einer Person verpflichtet, dieser oder dem zuständigen Träger des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland eine Bescheinigung entsprechend Artikel 54 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 für im Inland vor dem Tag des Austritts zurückgelegte Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten oder Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit zu erteilen, soweit diese Bescheinigung für die Geltendmachung von Ansprüchen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland erforderlich ist. § 312a des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend.

(6) Bei der Anwendung der Regelungen dieses Abschnitts gelten § 4 Absatz 2 und § 5 nicht.

Teil 2

Sonstige Regelungen des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch, des Altersteilzeitgesetzes und des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

§ 36

Aktive Arbeitsförderung

(1) Die Anbahnung oder die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland kann nach dem Tag vor dem Tag des Austritts aus dem Vermittlungsbudget nach § 44 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch nur gefördert werden, wenn das leistungsbegründende Ereignis vor dem Tag des Austritts liegt und der Antrag auf die Leistung vor dem Tag des Austritts gestellt worden ist.

(2) Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 des Dritten Buches Sozialgesetz-

buch, die die Aufnahme einer mindestens 15 Wochenstunden umfassenden Beschäftigung im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland unterstützen, können über den Tag vor dem Tag des Austritts hinaus zu Ende geführt werden, wenn sie vor dem Tag des Austritts beantragt und begonnen wurden. Für Maßnahmen von Trägern, die eine ausschließlich erfolgsbezogene vergütete Arbeitsvermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung nach § 45 Absatz 4 Satz 3 Nummer 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch anbieten, sind versicherungspflichtige Beschäftigungen mit einer Arbeitszeit von mindestens 15 Wochenstunden im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über den Tag vor dem Tag des Austritts hinaus mit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch gleichgestellt, wenn diese Arbeitsvermittlung vor dem Tag des Austritts erfolgreich war.

(3) Für eine vor dem Tag des Austritts im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland begonnene Berufsausbildung gilt das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland für die gesamte Ausbildung als Mitgliedstaat der Europäischen Union im Sinne von § 58 Absatz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch. Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und ihre Ehegatten, Lebenspartner und Kinder, die am Tag vor dem Tag des Austritts förderungsfähige Personen nach § 59 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 bis 4 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch waren und bis zu diesem Zeitpunkt eine Berufsausbildung oder eine berufs- oder ausbildungsvorbereitende Maßnahme begonnen haben, gelten für diese Ausbildung oder diese Maßnahme als förderungsfähige Personen im Sinne von § 59 Absatz 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch.

(4) Entsprechend § 16 Absatz 2 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gelten die Absätze 1 bis 3 auch für Leistungen zur Eingliederung nach § 16 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, die an nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erwerbsfähige Leistungsberechtigte erbracht werden; § 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch bleibt unberührt.

§ 37

Insolvenzgeld

Die Mitteilungspflicht der Bundesagentur für Arbeit nach § 172 Absatz 1 Satz 1 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch ist entsprechend für insolvente Arbeitgeber anzuwenden, die auch im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland tätig sind, wenn das Insolvenzereignis vor dem Tag des Austritts liegt.

§ 38

Auszahlung von Geldleistungen

Leistungsberechtigten Personen, die

1. laufende Geldleistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch bereits vor dem Tag des Austritts bezogen haben und
2. ihr Konto bei einem Geldinstitut im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland bereits vor dem Tag des Austritts hatten,

werden Geldleistungen abweichend von § 337 Absatz 1 Satz 2 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch ohne Abzug der dadurch veranlassten Kosten ausgezahlt, solange die leistungsberechtigten Personen die laufende Geldleistung beziehen und weiterhin ihr Konto bei einem Geldinstitut im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland haben.

§ 39

Altersteilzeit

Bei den für die Gewährung von Leistungen der Altersteilzeit erforderlichen Zeiten der Vorbeschäftigung nach § 2 Absatz 1 Nummer 3 des Altersteilzeitgesetzes sind Beschäftigungszeiten, die in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland vor dem Tag des Austritts zurückgelegt wurden, zu berücksichtigen.

§ 40

Arbeitnehmerüberlassung

Erlaubnisse nach § 1 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und für Verleiher mit Sitz im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, die vor dem Tag des Austritts erteilt wurden, gelten als mit Wirkung zum Tag des Austritts widerrufen. § 2 Absatz 4 Satz 4 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes gilt entsprechend, wenn die Ausübung der Arbeitnehmerüberlassung aus einem Betrieb, Betriebsteil oder Nebenbetrieb erfolgt, der in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum liegt.

Teil 3

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 41

Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung zu bestimmen, welche Leistungen oder Einkünfte nach den Vorschriften des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und welche Sachverhalte oder Ereignisse im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland bei Anwendung des § 24 gleichzustellen sind, sowie neben den in § 33 genannten Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 aufgeführten bilateralen Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten weitere bilaterale Verträge festzulegen.

Artikel 2

Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

Nach § 66a des Bundesausbildungsförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1952; 2012 I S. 197), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Juli

2018 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, wird folgender § 67 eingefügt:

„§ 67

Übergangs- und Anwendungsvorschrift aus Anlass des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union

(1) Auszubildenden, die einen Ausbildungsabschnitt an einer Ausbildungsstätte im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland bis zum Ablauf des Tages vor dem Tag, an dem der Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union wirksam wird, sofern bis zu diesem Zeitpunkt kein Austrittsabkommen im Sinne von Artikel 50 Absatz 2 Satz 2 des Vertrages über die Europäische Union in Kraft getreten ist (Tag des Austritts), beginnen oder fortsetzen, wird ungeachtet des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union abweichend von § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 weiterhin Ausbildungsförderung nach Maßgabe dieses Gesetzes bis zum Abschluss oder Abbruch dieses Ausbildungsabschnitts geleistet.

(2) Ausländischen Auszubildenden, die bis zum Ablauf des Tages vor dem Tag des Austritts einen Ausbildungsabschnitt beginnen und wegen des Austritts des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union ihre persönliche Förderungsberechtigung nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, 3 oder 4 verlieren, wird weiterhin Ausbildungsförderung nach Maßgabe dieses Gesetzes bis zum Abschluss oder Abbruch dieses Ausbildungsabschnitts geleistet.“

Artikel 3

Übergangsregelung zum Staatsangehörigkeitsgesetz: Einbürgerung britischer und deutscher Staatsangehöriger

(1) Bei britischen Staatsangehörigen, die vor dem Tag, an dem der Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union wirksam wird, sofern bis zu diesem Zeitpunkt kein Austrittsabkommen im Sinne von Artikel 50 Absatz 2 Satz 2 des Vertrages über die Europäische Union in Kraft getreten ist (Tag des Austritts), einen Antrag auf Einbürgerung in Deutschland gestellt haben, wird von einem sonst nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz erforderlichen Ausscheiden aus der britischen Staatsangehörigkeit abgesehen, sofern alle weiteren Einbürgerungsvoraussetzungen vor dem Tag des Austritts erfüllt waren und bei Einbürgerung weiterhin erfüllt sind.

(2) Deutsche, die vor dem Tag des Austritts einen Antrag auf Einbürgerung im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland gestellt haben, verlieren ihre deutsche Staatsangehörigkeit nicht nach § 25 Absatz 1 Satz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes, auch wenn der Erwerb der britischen Staatsangehörigkeit erst nach Ablauf des Tages vor dem Tag des Austritts erfolgt.

Artikel 4 **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt an dem Tag in Kraft, an dem der Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union wirksam

wird, sofern bis zu diesem Zeitpunkt kein Austrittsabkommen im Sinne von Artikel 50 Absatz 2 Satz 2 des Vertrags über die Europäische Union in Kraft getreten ist. Der Tag des Inkrafttretens wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. April 2019

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Arbeit und Soziales
Hubertus Heil

Der Bundesminister
des Innern, für Bau und Heimat
Horst Seehofer

Der Bundesminister für Gesundheit
Jens Spahn

Die Bundesministerin
für Bildung und Forschung
Anja Karliczek

Neuntes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

Vom 8. April 2019

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen: 4. Nach § 63b wird folgender § 63c eingefügt:

Artikel 1

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

Das Straßenverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2251) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 35 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 16 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
- b) In Nummer 17 Buchstabe c wird der Punkt am Ende durch ein Komma und das Wort „oder“ ersetzt.
- c) Folgende Nummer 18 wird angefügt:

„18. zur Überprüfung der Einhaltung von Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverboten, die aufgrund des § 40 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nach Maßgabe der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften angeordnet worden oder aufgrund straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften zum Schutz der Wohnbevölkerung oder der Bevölkerung vor Abgasen ergangen sind.“

2. In § 36 wird nach Absatz 2h folgender Absatz 2i eingefügt:

„(2i) In einem solchen Verfahren darf auch die Übermittlung nach § 35 Absatz 1 Nummer 18 aus dem Zentralen Fahrzeugregister an die nach Landesrecht für die Überprüfung der Einhaltung dieser Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote zuständigen Behörden erfolgen. Die Einrichtung von Anlagen zum Abruf nach Satz 1 ist für den Abruf der nach § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 gespeicherten und für die Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote erforderlichen Fahrzeugdaten aus dem Zentralen Fahrzeugregister durch die Behörden nach Satz 1 zulässig; einer Rechtsverordnung nach Absatz 5 bedarf es nicht; die Maßgaben nach Absatz 5 Nummer 2 und 3 gelten unmittelbar.“

3. Die Überschrift des Abschnittes VIa wird wie folgt gefasst:

„VIa. Datenverarbeitung“.

„§ 63c

Datenverarbeitung
im Rahmen der Überprüfung
der Einhaltung von Verkehrs-
beschränkungen und Verkehrsverboten
aufgrund immissionsschutzrechtlicher
Vorschriften oder aufgrund straßenverkehrs-
rechtlicher Vorschriften zum Schutz vor Abgasen

(1) Zur Überprüfung der Einhaltung von Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverboten, die aufgrund des § 40 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nach Maßgabe der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften angeordnet worden sind oder aufgrund straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften zum Schutz der Wohnbevölkerung oder der Bevölkerung vor Abgasen zur Abwehr von immissionsbedingten Gefahren ergangen sind, darf die nach Landesrecht zuständige Behörde im Rahmen von stichprobenartigen Überprüfungen mit mobilen Geräten folgende Daten, auch durch selbsttätiges Wirken des von ihr verwendeten Gerätes, erheben, speichern und verwenden:

1. das Kennzeichen des Fahrzeugs oder der Fahrzeugkombination, die in einem Gebiet mit Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverboten am Verkehr teilnehmen,
2. die für die Berechtigung zur Teilnahme am Verkehr in Gebieten mit Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverboten erforderlichen Merkmale des Fahrzeugs oder der Fahrzeugkombination,
3. das durch eine Einzelaufnahme hergestellte Bild des Fahrzeugs und des Fahrers,
4. den Ort und die Zeit der Teilnahme am Verkehr im Gebiet mit Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverboten.

Eine verdeckte Datenerhebung ist unzulässig.

(2) Die nach Landesrecht zuständige Behörde darf anhand der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 beim Zentralen Fahrzeugregister die nach § 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 für das jeweilige Fahrzeug gespeicherten und für die Überprüfung der Einhaltung der jeweiligen Verkehrsbeschränkungen und Verkehrsverbote erforderlichen Fahrzeugdaten in dem in § 36 Absatz 2i vorgesehenen Verfahren abrufen, um festzustellen, ob für das Fahrzeug eine Verkehrsbeschränkung oder ein Verkehrsverbot gilt. Der Abruf und die Feststellung haben unverzüglich zu erfolgen.

(3) Die Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 und Absatz 2 dürfen ausschließlich zum Zweck der Verfolgung von diesbezüglichen Ordnungswidrigkeiten an die hierfür zuständige Verwaltungsbehörde übermittelt werden. Diese Datenübermittlung hat unverzüglich nach Abschluss der Prüfung nach Absatz 2 zu erfolgen.

(4) Die Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 und Absatz 2 sind von der in Absatz 1 genannten Behörde unverzüglich zu löschen,

1. sobald die nach Absatz 2 vorzunehmende Prüfung ergibt, dass das Fahrzeug berechtigt ist, am Verkehr im Gebiet mit Verkehrsbeschränkungen oder Verkehrsverboten teilzunehmen, oder
2. nach der Übermittlung an die in Absatz 3 genannte, für die Verfolgung von diesbezüglichen Ordnungswidrigkeiten zuständige Verwaltungsbehörde, wenn die nach Absatz 2 vorzunehmende Prüfung ergibt, dass das Fahrzeug nicht berechtigt ist, am Verkehr im Gebiet mit Verkehrs-

beschränkungen oder Verkehrsverboten teilzunehmen.

Alle Daten sind von der in Absatz 1 genannten Behörde, sofern sie nach den vorgenannten Vorschriften nicht vorher zu löschen sind, spätestens zwei Wochen nach ihrer erstmaligen Erhebung zu löschen.

(5) Für die Löschung der Daten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 und Absatz 2 durch die für die Verfolgung von diesbezüglichen Ordnungswidrigkeiten zuständige Verwaltungsbehörde gelten die Vorschriften für das Bußgeldverfahren.

(6) Sonstige Regelungen über die Überprüfung der Einhaltung des Straßenverkehrsrechts, insbesondere des Landesrechts, bleiben unberührt.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. April 2019

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes*

Vom 8. April 2019

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Nach § 47 Absatz 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist, wird folgender Absatz 4a eingefügt:

„(4a) Verbote des Kraftfahrzeugverkehrs für Kraftfahrzeuge mit Selbstzündungsmotor kommen wegen der Überschreitung des Immissionsgrenzwertes für Stickstoffdioxid in der Regel nur in Gebieten in Betracht, in denen der Wert von 50 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel überschritten worden ist. Folgende Kraftfahrzeuge sind von Verkehrsverboten ausgenommen:

1. Kraftfahrzeuge der Schadstoffklasse Euro 6,
2. Kraftfahrzeuge der Schadstoffklassen Euro 4 und Euro 5, sofern diese im praktischen Fahrbetrieb in entsprechender Anwendung des Artikels 2 Nummer 41 in Verbindung mit Anhang IIIa der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission vom 18. Juli 2008 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 199 vom 28.7.2008, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/1221 (ABl. L 174 vom 7.7.2017, S. 3) geändert worden ist, weniger

als 270 Milligramm Stickstoffoxide pro Kilometer ausstoßen,

3. Kraftomnibusse mit einer Allgemeinen Betriebserlaubnis für ein Stickstoffoxid-Minderungssystem mit erhöhter Minderungsleistung, sofern die Nachrüstung finanziell aus einem öffentlichen Titel des Bundes gefördert worden ist, oder die die technischen Anforderungen erfüllen, die für diese Förderung erforderlich gewesen wären,
4. schwere Kommunalfahrzeuge mit einer Allgemeinen Betriebserlaubnis für ein Stickstoffoxid-Minderungssystem mit erhöhter Minderungsleistung, sofern die Nachrüstung finanziell aus einem öffentlichen Titel des Bundes gefördert worden ist, oder die die technischen Anforderungen erfüllen, die für diese Förderung erforderlich gewesen wären, sowie Fahrzeuge der privaten Entsorgungswirtschaft von mehr als 3,5 Tonnen mit einer Allgemeinen Betriebserlaubnis für ein Stickstoffoxid-Minderungssystem mit erhöhter Minderungsleistung, die die technischen Anforderungen erfüllen, die für diese Förderung erforderlich gewesen wären,
5. Handwerker- und Lieferfahrzeuge zwischen 2,8 und 7,5 Tonnen mit einer Allgemeinen Betriebserlaubnis für ein Stickstoffoxid-Minderungssystem mit erhöhter Minderungsleistung, sofern die Nachrüstung finanziell aus einem öffentlichen Titel des Bundes gefördert worden ist, oder die die technischen Anforderungen erfüllen, die für diese Förderung erforderlich gewesen wären,
6. Kraftfahrzeuge der Schadstoffklasse Euro VI und
7. Kraftfahrzeuge im Sinne von Anhang 3 Nummer 5, 6 und 7 der Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung vom 10. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2218), die zuletzt durch Artikel 85 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.

Im Einzelfall kann der Luftreinhalteplan im Fall des Satzes 2 Nummer 6 auch für diese Kraftfahrzeuge ein Verbot des Kraftfahrzeugverkehrs vorsehen, wenn die

* Notifiziert gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1).

schnellstmögliche Einhaltung des Immissionsgrenzwertes für Stickstoffdioxid anderenfalls nicht sichergestellt werden kann. Weitere Ausnahmen von Verboten des Kraftfahrzeugverkehrs, insbesondere nach § 40 Absatz 1 Satz 2, können durch die zuständigen Behörden zugelassen werden. Die Vorschriften zu ergänzenden technischen Regelungen, insbesondere zu Nachrüstmaßnahmen bei Kraftfahrzeugen, im Straßenver-

kehrsgesetz und in der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung bleiben unberührt.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 8. April 2019

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Svenja Schulze

Fünfte Verordnung zur Änderung der Seefischereiverordnung

Vom 1. April 2019

Auf Grund des § 15 Absatz 1 Nummer 2 und 15 Buchstabe a, Absatz 2 Nummer 4 und Absatz 3 Nummer 2 und 3 des Seefischereigesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Juli 1998 (BGBl. I S. 1791), der zuletzt durch Artikel 424 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft:

Artikel 1 Änderung der Seefischereiverordnung

Die Seefischereiverordnung vom 18. Juli 1989 (BGBl. I S. 1485), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 2. März 2016 (BGBl. I S. 371) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden im Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „die die Bundesflagge führen“ durch die Wörter „die berechtigt sind, die Bundesflagge zu führen“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Abweichend von Satz 1 Nummer 1 darf im ICES-Bereich IIIa, IVb und IVc außerhalb von 12 Seemeilen gemessen von der Basislinie vor der Küste der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf Hering, Sprotte und Sandaal mit Fischereifahrzeugen mit einer Bruttoreaumzahl von nicht mehr als

1 000 gefischt werden. Abweichend von Satz 1 Nummer 1 darf im ICES-Bereich IIIc und IIId außerhalb von 12 Seemeilen gemessen von der Basislinie vor der Küste der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein auf Hering und Sprotte beim Einsatz pelagischer Schleppnetze mit Fischereifahrzeugen mit einer Bruttoreaumzahl von nicht mehr als 1 000 gefischt werden.“

cc) Der neue Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Die ICES-Bereiche sind festgelegt im Anhang III der Verordnung (EG) Nr. 218/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über die Vorlage von Fangstatistiken durch die Mitgliedstaaten, die im Nordostatlantik Fischfang betreiben (ABl. L 87 vom 31.3.2009, S. 70), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 1350/2013 (ABl. L 351 vom 21.12.2013, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.“

b) In Absatz 3 werden die Wörter „die die Bundesflagge führen“ durch die Wörter „die berechtigt sind, die Bundesflagge zu führen“ ersetzt.

2. In § 7 Absatz 2 werden die Wörter „das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Bundesministerium)“ durch die Wörter „die Bundesanstalt“ und die Wörter „Bundesministerium im Einvernehmen“ durch die Wörter „Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Bundesministerium) im Einvernehmen“ ersetzt.

3. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9

Überprüfung
von Satellitenortungs-
anlagen und elektronischen
Aufzeichnungs- und Meldesystemen

Zur Überprüfung der Satellitenortungsanlage oder des elektronischen Aufzeichnungs- und Meldesystems im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 Satz 2 und des Artikels 40 Absatz 1 Satz 2 der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011 der Kommission vom 8. April 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 112 vom 30.4.2011, S. 1; L 328 vom 10.12.2011, S. 58; L 125 vom 12.5.2012, S. 54), die durch die Durchführungsverordnung (EU) 2015/1962 (ABl. L 287 vom 31.10.2015, S. 6) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung kann die Bundesanstalt eine Untersuchung der Anlage oder des Systems anordnen. Die Überprüfung hat durch einen Fachbetrieb auf Kosten des Inhabers der Fanglizenz zu erfolgen.“

4. Dem § 10 werden die folgenden Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Der Kapitän eines Fischereifahrzeugs mit einer Länge über alles von 8 Metern oder mehr, aber weniger als 10 Meter, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, und das in der Ostsee fischt, hat ein Fischereilogbuch im Sinne des Artikels 14 der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 zu führen und sobald wie möglich, spätestens aber 48 Stunden nach der Anlandung, zu übermitteln.

(4) Der Kapitän eines Fischereifahrzeugs mit einer Länge über alles von weniger als 8 Meter in der Ostsee und von weniger als 10 Meter in der Nordsee, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, ist verpflichtet, spätestens fünf Tage nach Ablauf des Monats für den vorangegangenen Monat schriftlich oder elektronisch eine Meldung an die zuständige Landesfischereibehörde zu übermitteln (Monatsmeldung). Die Monatsmeldung enthält mindestens Angaben über

1. den ICES-Bereich und das statistische Rechteck, in welchen Fänge getätigt wurden,
2. alle Fangmengen, je Art in Kilogramm Produktgewicht und Aufmachungsart, einschließlich der Fangmengen, die unterhalb der geltenden Referenzmindestgröße (untermaßige Fänge) liegen, und der geschätzten Fangmengen, die zurückgeworfen wurden (geschätzte Rückwurfmengen),
3. die Anzahl der Seetage,
4. die Bezeichnung des Anlandehafens und
5. den je Art erzielten Erlös.

Erfolgt kein Fangeinsatz, ist eine Fehlmeldung erforderlich. Ist über einen längeren Zeitraum kein Fangeinsatz vorgesehen, kann dies in der letzten

Monatsmeldung vermerkt werden. Die Meldungen sind mit Beginn der Fangaufnahme für den betreffenden Monat wieder abzugeben. Statt der Monatsmeldungen dürfen Tagesabrechnungen abgegeben werden, die vollständige Angaben nach Satz 2 enthalten müssen.“

5. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 werden die Wörter „der Kommission vom 8. April 2011 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik (ABl. L 112 vom 30.4.2011, S. 1)“ gestrichen.

b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Soweit im Rahmen von Bestandsauffüllungsgebieten im Sinne des Artikels 8 oder Mehrjahresplänen im Sinne des Artikels 9 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 über die Gemeinsame Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1954/2003 und (EG) Nr. 1224/2009 des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2371/2002 und (EG) Nr. 639/2004 des Rates und des Beschlusses 2004/585/EG des Rates (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2017/2092 (ABl. L 302 vom 17.11.2017, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung besondere Regelungen festgelegt sind, bleiben diese von den Absätzen 1 und 2 unberührt.“

6. § 12 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden im Satzteil nach Nummer 2 nach den Wörtern „Angaben einzutragen hat“ die Wörter „und der zuständigen Behörde sobald wie möglich, spätestens aber 48 Stunden nach Ende der Anlandung zu übermitteln“ angefügt.

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Soweit im Rahmen von Bestandsauffüllungsgebieten im Sinne des Artikels 8 oder in Mehrjahresplänen im Sinne des Artikels 9 der Verordnung (EU) Nr. 1380/2013 besondere Regelungen getroffen werden, bleiben diese von den Absätzen 1 und 2 unberührt.“

7. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 im Satzteil nach Nummer 3 und in Absatz 2 Satz 1 werden jeweils die Wörter „die die Bundesflagge führen“ durch die Wörter „die berechtigt sind, die Bundesflagge zu führen“ ersetzt.

b) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Die Ausnahmegenehmigung kann verweigert oder widerrufen werden, wenn für den Inhaber der Fanglizenz oder den Kapitän wegen eines schweren Verstoßes in Form

a) der Nichterfüllung der Verpflichtungen zur Aufzeichnung und Meldung von Fangdaten oder fangrelevanten Daten, einschließlich der

über das satellitengestützte Schiffsüberwachungssystem (VMS) zu übermittelnden Daten,

- b) des Fischens in einem Schongebiet, während einer Schonzeit, ohne Quote oder nach Ausschöpfen der Quote oder in nicht zulässigen Tiefen gemäß der laufenden Nummer 8 der Anlage 5 oder
- c) der Behinderung von Fischereiinspektoren bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe oder der Behinderung von Beobachtern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe gemäß der laufenden Nummer 10 der Anlage 5

Punkte festgesetzt worden sind.“

8. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird die Angabe „(EU) Nr. 579/2011 (ABl. L 165 vom 24.6.2011, S. 1)“ durch die Angabe „(EU) 2015/812 (ABl. L 133 vom 29.5.2015, S. 1)“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 wird die Angabe „(EU) Nr. 1237/2010 (ABl. L 348 vom 31.12.2010, S. 34)“ durch die Angabe „(EU) 2016/1139 (ABl. L 191 vom 15.7.2016, S. 1)“ ersetzt.
- c) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Grundschieppnetze für die Fischerei auf Nordseekrabben (*Crangon crangon*) der ICES-Bereiche IVb und IVc, die an Bord eines Fischerfahrzeugs, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen, mitgeführt oder zum Krabbenfang eingesetzt werden, müssen mit einem Siebnetz/Trichternetz- oder Sortiergittereinsatz ausgestattet sein und den technischen Beschreibungen nach der Anlage 4, auch in Verbindung mit § 17 Absatz 5 des Seefischereigesetzes, entsprechen. In begründeten Fällen kann von der Bundesanstalt eine Ausnahmegenehmigung für den Bereich innerhalb von drei Seemeilen gemessen von der Basislinie erteilt werden. Der Antrag ist bei der zuständigen Landesfischereibehörde zu stellen.“

9. In § 15 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „den Erstverkauf“ durch die Wörter „die Erstvermarktung“ ersetzt.

10. § 18 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 3 werden die Kommas und die Wörter „längstens bis zum Verbrauch oder zur Vernichtung der Seefischereierzeugnisse“ gestrichen.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2 werden die Wörter „bis zum Verbrauch oder zur Vernichtung der Seefischereierzeugnisse, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt,“ gestrichen.
 - bb) In Nummer 3 werden die Wörter „Buchstabe b bis f“ gestrichen.
 - cc) In Nummer 4 werden die Wörter „Buchstabe b bis f“ und die Wörter „bis zum Verbrauch oder zur Vernichtung der Seefischereierzeugnisse, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt,“ gestrichen.

c) In Absatz 5 Satz 1 wird die Angabe „und h“ gestrichen.

d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „und 68“ gestrichen.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Tag“ die Wörter „und pro Verbraucher“ eingefügt.

11. § 21 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. die Anträge auf finanzielle Beteiligung der Europäischen Union auf Grund der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 149 vom 20.5.2014, S. 1; L 88 vom 31.3.2017, S. 22), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2017/1787 (ABl. L 256 vom 4.10.2017, S. 1) geändert worden ist, und den zu deren Durchführung erlassenen Vorschriften in der jeweils geltenden Fassung zu den durch die Durchführung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik über die Rückverfolgbarkeit von Seefischereierzeugnissen entstehenden Ausgaben natürlicher oder juristischer Personen des Privatrechts entgegenzunehmen,“.

12. § 22 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 7 wird aufgehoben.

bb) Die Nummern 8 bis 15 werden die Nummern 7 bis 14.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Nummer 6 werden die folgenden Nummern 7 und 8 eingefügt:

„7. entgegen § 10 Absatz 3 ein Fischereilogbuch nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,

8. entgegen § 10 Absatz 4 Satz 1 eine dort genannte Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig übermittelt,“.

bb) Die bisherigen Nummern 7 bis 9 werden die Nummern 9 bis 11.

cc) Die bisherige Nummer 10 wird Nummer 12 und wie folgt gefasst:

„12. entgegen § 12 Absatz 1 eine Angabe nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig übermittelt,“.

dd) Die bisherigen Nummern 11 bis 21 werden die Nummern 13 bis 23.

13. Die Anlage 1 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 1

(zu § 2 Absatz 1)

Fischarten, bei denen die Ausübung der Seefischerei mengenmäßig beschränkt wird

Bastardmakrele (Stöcker)	Blauer Wittling
Blauleng	Butte
Eberfisch	Gabeldorsch
Gelbschwanzflunder	Glattbutt
Goldlachs	Grenadierfische
Hering	Kabeljau
Kaisergranat	Kalmar
Lachs	Leng
Limande	Lodde
Makrele	Rauhe Scharbe (Amerikanische Scholle, Doggerscharbe)
Rotbarsch	Rotzunge
Sämtliche Haie	Sämtliche Rochen
Sämtliche Thunfische	Sandaal
Schellfisch	Scholle
Schwarzer Degenfisch	Schwarzer Heilbutt
Schwertfisch	Seehecht
Seelachs (Köhler)	Seeteufel
Seezunge	Sprotte
Steinbutt	Stintdorsch
Wittling	Wolfsbarsch“.

14. In Anlage 3 wird in der die Nordsee betreffenden Aufzählung das Wort „Accumersiel“ durch das Wort „Wester-accumersiel“ ersetzt und das Wort „Friedrichskoog“ gestrichen.

15. Der Anlage 4 wird folgender Abschnitt 3 angefügt:

„Abschnitt 3

**Technische Beschreibung
eines Siebnetzes/Trichternetzes und eines Sortiergittereinsatzes**

1. Technische Merkmale Siebnetz/Trichternetz

- Definition: Das Hauptnetz ist der Teil des Grundsleppnetzes, welcher sich vor dem Steert befindet.
- Ein Siebnetz/Trichternetz ist ein Stück Netzwerk, dessen maximale Maschenöffnung 70 mm beträgt.
- Das Siebnetz/Trichternetz wird im Innern des Hauptnetzes vor dem Steert angebracht. Die gestreckte Länge des Siebnetzes darf nicht mehr als 1 m aus der Fluchtöffnung herausragen. Das Siebnetz/Trichternetz ist an der Innenseite des Fanggerätes befestigt, so dass Organismen nur durch dieses Siebnetz/Trichternetz in den Steert gelangen können.
- Das Siebnetz/Trichternetz mündet in einer Fluchtöffnung, die entweder an der Ober- oder Unterseite des Hauptnetzes angebracht ist. Die (Flucht-)Öffnung des Siebnetzes/Trichternetzes muss frei sein. Der Abstand der Fluchtöffnung zum Steertanfang beträgt höchstens 100 Maschen. Die Breite der Fluchtöffnung (in Querrichtung des Fanggerätes) umfasst mindestens jeweils 15 Maschen des Hauptnetzes.
- Es dürfen gleichzeitig höchstens zwei Siebnetzteile verwendet werden, sofern sie an der oberen beziehungsweise an der unteren Hälfte des Grundsleppnetzes angebracht sind und sich an keiner Stelle überlappen.

2. Technische Merkmale Sortiergittereinsatz

- Die Konstruktion des Sortiergitters im Krabbenetz kann rechteckig oder elliptisch sein und muss aus festem Material bestehen. Beim rechteckigen Sortiergitter sind die Stäbe parallel zur Längsachse und bei den elliptischen Sortiergittern parallel zur längeren Achse auszurichten.
- Die Stäbe des Sortiergitters dürfen einen maximalen Abstand von 20 mm aufweisen.“

16. Die Anlage 5 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 5

(zu § 16 Absatz 1)

**Bezeichnung und Bewertung
der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Rahmen des Punktesystems**

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Schwerer Verstoß nach Anhang XXX der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011	Ordnungswidrigkeiten- und Strafvorschriften	Punkte
1	Nichterfüllung der Verpflichtungen zur Aufzeichnung und Meldung von Fangdaten oder fangrelevanten Daten, einschließlich der über das satellitengestützte Schiffsüberwachungssystem (VMS) zu übermittelnden Daten	§ 18 Absatz 3 Nummer 4 des Seefischereigesetzes, § 22 Absatz 2 Nummer 5 der Seefischereiverordnung, § 22 Absatz 2 Nummer 7 der Seefischereiverordnung, § 22 Absatz 2 Nummer 8 der Seefischereiverordnung, § 22 Absatz 2 Nummer 9 der Seefischereiverordnung, § 22 Absatz 2 Nummer 10 der Seefischereiverordnung, § 24 Absatz 2 Nummer 1 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 24 Absatz 2 Nummer 2 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 24 Absatz 2 Nummer 4 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 1 Nummer 9 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 1 Nummer 11 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 1 Nummer 14 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 3 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 4 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 32 Nummer 2 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	3
2	Einsatz von verbotenem oder nicht vorschriftsmäßigem Fanggerät	§ 18 Absatz 2 Nummer 10 zweite Alternative des Seefischereigesetzes, § 1 Nummer 1, 4, 5, 6, 8, 9 erste Alternative und Nummer 13 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 2 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 3 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 2 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 3 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 6 zweite Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 8 zweite Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 10 erste Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung,	4

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Schwerer Verstoß nach Anhang XXX der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011	Ordnungswidrigkeiten- und Strafvorschriften	Punkte
		§ 6 Absatz 1 Nummer 13 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 27 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 32 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 44 Buchstabe a zweite Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 47 Buchstabe a der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 7 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 9 Nummer 1 zweite Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 9 Nummer 2 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 9 Nummer 3 zweite Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 9 Nummer 4 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 9 Nummer 6 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	
3	Fälschen oder Verbergen von Kennzeichnung, Identität oder Registrierung	§ 28 Absatz 1 Nummer 1 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	5
4	Verbergen, Manipulieren oder Vernichten von Beweismaterial für eine Untersuchung	§ 22 Absatz 2 Nummer 1 der Seefischereiverordnung	5
5	Anbordnehmen, Umladen oder Anlanden von untermäßigten Fischen unter Verstoß gegen die geltenden Rechtsvorschriften	§ 6 Absatz 1 Nummer 16 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 17 Nummer 13 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	5
6	Fischen im Gebiet einer regionalen Fischereiorganisation in einer Weise, die mit den Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen dieser Organisation nicht vereinbar ist oder gegen diese verstößt	a) Nordwestatlantische Fischereiorganisation (NAFO): § 18 Absatz 1 Nummer 7 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 1 Nummer 8 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 1 Nummer 9 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 1 Nummer 14 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 1 Nummer 15 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 5 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 6 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 7 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, b) Kommission für die Fischerei im Nordostatlantik (NEAFC): § 27 Absatz 1 Nummer 2 der Seefischerei-Bußgeldverordnung,	5

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Schwerer Verstoß nach Anhang XXX der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011	Ordnungswidrigkeiten- und Strafvorschriften	Punkte
		§ 27 Absatz 1 Nummer 3 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 1 Nummer 4 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	
7	Fischen ohne ein vom Flaggenstaat oder dem betreffenden Küstenstaat erteilte gültige Lizenz, Genehmigung oder Erlaubnis	§ 18 Absatz 2 Nummer 1 des Seefischereigesetzes, § 18 Absatz 2 Nummer 2 des Seefischereigesetzes, § 18 Absatz 2 Nummer 3 des Seefischereigesetzes, § 18 Absatz 3 Nummer 7 des Seefischereigesetzes, § 17 Nummer 20 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 21 Absatz 1 Nummer 1 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 24 Absatz 1 Nummer 7 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	7
8	Fischen in einem Schongebiet, während einer Schonzeit, ohne Quote, nach Ausschöpfen der Quote oder in nicht zulässigen Tiefen	§ 18 Absatz 2 Nummer 1 des Seefischereigesetzes, § 18 Absatz 2 Nummer 2 des Seefischereigesetzes, § 6 Absatz 1 Nummer 52 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 53 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 56 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 68 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 6 Absatz 1 Nummer 69 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 17 Nummer 15 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 17 Nummer 21 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 24 Absatz 1 Nummer 16 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	6
9	Gezielte Befischung eines Bestands, für den ein Moratorium oder ein Fangverbot gilt	§ 18 Absatz 1 des Seefischereigesetzes	7
10	Behinderung von Fischereiinspektoren bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Einhaltung der geltenden Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen zu überwachen, oder Behinderung von Beobachtern bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe, die Einhaltung der geltenden EU-Rechtsvorschriften zu beachten	§ 18 Absatz 2 Nummer 5 des Seefischereigesetzes, § 18 Absatz 2 Nummer 6 des Seefischereigesetzes, § 22 Absatz 2 Nummer 2 der Seefischereiverordnung, § 22 Absatz 2 Nummer 3 der Seefischereiverordnung, § 22 Absatz 2 Nummer 4 der Seefischereiverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 9 der Seefischerei-Bußgeldverordnung,	7

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Schwerer Verstoß nach Anhang XXX der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011	Ordnungswidrigkeiten- und Strafvorschriften	Punkte
		§ 18 Absatz 2 Nummer 10 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 11 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 12 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 13 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 14 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 15 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 16 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 17 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 18 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 2 Nummer 19 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 24 Absatz 2 Nummer 16 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 24 Absatz 2 Nummer 17 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 2 Nummer 3 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 2 Nummer 4 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 2 Nummer 5 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 2 Nummer 6 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 2 Nummer 7 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 27 Absatz 2 Nummer 8 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 27 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 28 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 30 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 31 der Seefischerei- Bußgeldverordnung, § 28 Absatz 2 Nummer 32 der Seefischerei- Bußgeldverordnung	

1	2	3	4
Lfd. Nr.	Schwerer Verstoß nach Anhang XXX der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 404/2011	Ordnungswidrigkeiten- und Strafvorschriften	Punkte
11	Umladung von Fängen von Fischereifahrzeugen, die nachweislich an IUU-Fischerei im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1005/2008 beteiligt waren, insbesondere von Schiffen, die in der EU-Liste von IUU-Schiffen oder in der IUU-Liste einer regionalen Fischereiorganisation geführt sind, oder Durchführung gemeinsamer Fangensätze mit solchen Schiffen oder Unterstützung oder Versorgung solcher Schiffe	§ 18 Absatz 3 Nummer 1 des Seefischereigesetzes, § 18 Absatz 1 Nummer 22 dritte Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 1 Nummer 22 vierte Alternative der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 18 Absatz 1 Nummer 23 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 20 Absatz 1 Nummer 5 der Seefischerei-Bußgeldverordnung, § 20 Absatz 1 Nummer 7 der Seefischerei-Bußgeldverordnung	7
12	Einsatz eines Fischereifahrzeugs ohne Staatszugehörigkeit, d. h. eines nach dem Völkerrecht staatenlosen Schiffes	§ 18 Absatz 3 Nummer 2 des Seefischereigesetzes	7

Artikel 2

Bekanntmachungserlaubnis

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft kann den Wortlaut der Seefischereiverordnung in der vom Inkrafttreten dieser Verordnung an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 3

Inkrafttreten

- (1) Artikel 1 Nummer 4 und 10 tritt am 1. Juli 2019 in Kraft.
- (2) Im Übrigen tritt diese Verordnung am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 1. April 2019

Die Bundesministerin
für Ernährung und Landwirtschaft
Julia Klöckner

**Bekanntmachung
zu den §§ 850c und 850f der Zivilprozessordnung
(Pfändungsfreigrenzenbekanntmachung 2019)**

Vom 4. April 2019

Auf Grund des § 850c Absatz 2a Satz 2, der zuletzt durch Artikel 145 Nummer 4 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, und des § 850f Absatz 3 Satz 4 der Zivilprozessordnung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 14 des Gesetzes vom 21. November 2016 (BGBl. I S. 2591) geändert worden ist, wird bekannt gemacht:

1. Die unpfändbaren Beträge nach § 850c Absatz 1 und 2 Satz 2 der Zivilprozessordnung erhöhen sich zum 1. Juli 2019
in Absatz 1 Satz 1
von 1 133,80 auf 1 178,59 Euro monatlich,
von 260,93 auf 271,24 Euro wöchentlich,
von 52,19 auf 54,25 Euro täglich,
in Absatz 1 Satz 2
von 2 511,43 auf 2 610,63 Euro monatlich,
von 577,97 auf 600,80 Euro wöchentlich,
von 115,59 auf 120,16 Euro täglich,
von 426,71 auf 443,57 Euro monatlich,
von 98,20 auf 102,08 Euro wöchentlich,
von 19,64 auf 20,42 Euro täglich,
von 237,73 auf 247,12 Euro monatlich,
von 54,71 auf 56,87 Euro wöchentlich,
von 10,94 auf 11,37 Euro täglich,
in Absatz 2 Satz 2
von 3 475,79 auf 3 613,08 Euro monatlich,
von 799,91 auf 831,50 Euro wöchentlich,
von 159,98 auf 166,30 Euro täglich.
2. Die Grenzbeträge nach § 850f Absatz 3 Satz 1 und 2 der Zivilprozessordnung erhöhen sich zum 1. Juli 2019
von 3 435,44 auf 3 571,14 Euro monatlich,
von 781,11 auf 811,96 Euro wöchentlich,
von 151,05 auf 157,02 Euro täglich.
3. Die ab 1. Juli 2019 geltenden Pfändungsfreibeträge ergeben sich im Übrigen aus den als Anhang abgedruckten Tabellen.

Berlin, den 4. April 2019

Die Bundesministerin
der Justiz und für Verbraucherschutz
Katarina Barley

Anhang
Auszahlung für Monate

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn monatlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
bis 1 179,99	–	–	–	–	–	–
1 180,00 bis 1 189,99	0,99	–	–	–	–	–
1 190,00 bis 1 199,99	7,99	–	–	–	–	–
1 200,00 bis 1 209,99	14,99	–	–	–	–	–
1 210,00 bis 1 219,99	21,99	–	–	–	–	–
1 220,00 bis 1 229,99	28,99	–	–	–	–	–
1 230,00 bis 1 239,99	35,99	–	–	–	–	–
1 240,00 bis 1 249,99	42,99	–	–	–	–	–
1 250,00 bis 1 259,99	49,99	–	–	–	–	–
1 260,00 bis 1 269,99	56,99	–	–	–	–	–
1 270,00 bis 1 279,99	63,99	–	–	–	–	–
1 280,00 bis 1 289,99	70,99	–	–	–	–	–
1 290,00 bis 1 299,99	77,99	–	–	–	–	–
1 300,00 bis 1 309,99	84,99	–	–	–	–	–
1 310,00 bis 1 319,99	91,99	–	–	–	–	–
1 320,00 bis 1 329,99	98,99	–	–	–	–	–
1 330,00 bis 1 339,99	105,99	–	–	–	–	–
1 340,00 bis 1 349,99	112,99	–	–	–	–	–
1 350,00 bis 1 359,99	119,99	–	–	–	–	–
1 360,00 bis 1 369,99	126,99	–	–	–	–	–
1 370,00 bis 1 379,99	133,99	–	–	–	–	–
1 380,00 bis 1 389,99	140,99	–	–	–	–	–
1 390,00 bis 1 399,99	147,99	–	–	–	–	–
1 400,00 bis 1 409,99	154,99	–	–	–	–	–
1 410,00 bis 1 419,99	161,99	–	–	–	–	–
1 420,00 bis 1 429,99	168,99	–	–	–	–	–
1 430,00 bis 1 439,99	175,99	–	–	–	–	–
1 440,00 bis 1 449,99	182,99	–	–	–	–	–
1 450,00 bis 1 459,99	189,99	–	–	–	–	–
1 460,00 bis 1 469,99	196,99	–	–	–	–	–
1 470,00 bis 1 479,99	203,99	–	–	–	–	–
1 480,00 bis 1 489,99	210,99	–	–	–	–	–
1 490,00 bis 1 499,99	217,99	–	–	–	–	–
1 500,00 bis 1 509,99	224,99	–	–	–	–	–
1 510,00 bis 1 519,99	231,99	–	–	–	–	–
1 520,00 bis 1 529,99	238,99	–	–	–	–	–
1 530,00 bis 1 539,99	245,99	–	–	–	–	–
1 540,00 bis 1 549,99	252,99	–	–	–	–	–
1 550,00 bis 1 559,99	259,99	–	–	–	–	–

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
1 560,00 bis 1 569,99	266,99	–	–	–	–	–
1 570,00 bis 1 579,99	273,99	–	–	–	–	–
1 580,00 bis 1 589,99	280,99	–	–	–	–	–
1 590,00 bis 1 599,99	287,99	–	–	–	–	–
1 600,00 bis 1 609,99	294,99	–	–	–	–	–
1 610,00 bis 1 619,99	301,99	–	–	–	–	–
1 620,00 bis 1 629,99	308,99	–	–	–	–	–
1 630,00 bis 1 639,99	315,99	3,92	–	–	–	–
1 640,00 bis 1 649,99	322,99	8,92	–	–	–	–
1 650,00 bis 1 659,99	329,99	13,92	–	–	–	–
1 660,00 bis 1 669,99	336,99	18,92	–	–	–	–
1 670,00 bis 1 679,99	343,99	23,92	–	–	–	–
1 680,00 bis 1 689,99	350,99	28,92	–	–	–	–
1 690,00 bis 1 699,99	357,99	33,92	–	–	–	–
1 700,00 bis 1 709,99	364,99	38,92	–	–	–	–
1 710,00 bis 1 719,99	371,99	43,92	–	–	–	–
1 720,00 bis 1 729,99	378,99	48,92	–	–	–	–
1 730,00 bis 1 739,99	385,99	53,92	–	–	–	–
1 740,00 bis 1 749,99	392,99	58,92	–	–	–	–
1 750,00 bis 1 759,99	399,99	63,92	–	–	–	–
1 760,00 bis 1 769,99	406,99	68,92	–	–	–	–
1 770,00 bis 1 779,99	413,99	73,92	–	–	–	–
1 780,00 bis 1 789,99	420,99	78,92	–	–	–	–
1 790,00 bis 1 799,99	427,99	83,92	–	–	–	–
1 800,00 bis 1 809,99	434,99	88,92	–	–	–	–
1 810,00 bis 1 819,99	441,99	93,92	–	–	–	–
1 820,00 bis 1 829,99	448,99	98,92	–	–	–	–
1 830,00 bis 1 839,99	455,99	103,92	–	–	–	–
1 840,00 bis 1 849,99	462,99	108,92	–	–	–	–
1 850,00 bis 1 859,99	469,99	113,92	–	–	–	–
1 860,00 bis 1 869,99	476,99	118,92	–	–	–	–
1 870,00 bis 1 879,99	483,99	123,92	0,29	–	–	–
1 880,00 bis 1 889,99	490,99	128,92	4,29	–	–	–
1 890,00 bis 1 899,99	497,99	133,92	8,29	–	–	–
1 900,00 bis 1 909,99	504,99	138,92	12,29	–	–	–
1 910,00 bis 1 919,99	511,99	143,92	16,29	–	–	–
1 920,00 bis 1 929,99	518,99	148,92	20,29	–	–	–
1 930,00 bis 1 939,99	525,99	153,92	24,29	–	–	–

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
1 940,00 bis 1 949,99	532,99	158,92	28,29	–	–	–
1 950,00 bis 1 959,99	539,99	163,92	32,29	–	–	–
1 960,00 bis 1 969,99	546,99	168,92	36,29	–	–	–
1 970,00 bis 1 979,99	553,99	173,92	40,29	–	–	–
1 980,00 bis 1 989,99	560,99	178,92	44,29	–	–	–
1 990,00 bis 1 999,99	567,99	183,92	48,29	–	–	–
2 000,00 bis 2 009,99	574,99	188,92	52,29	–	–	–
2 010,00 bis 2 019,99	581,99	193,92	56,29	–	–	–
2 020,00 bis 2 029,99	588,99	198,92	60,29	–	–	–
2 030,00 bis 2 039,99	595,99	203,92	64,29	–	–	–
2 040,00 bis 2 049,99	602,99	208,92	68,29	–	–	–
2 050,00 bis 2 059,99	609,99	213,92	72,29	–	–	–
2 060,00 bis 2 069,99	616,99	218,92	76,29	–	–	–
2 070,00 bis 2 079,99	623,99	223,92	80,29	–	–	–
2 080,00 bis 2 089,99	630,99	228,92	84,29	–	–	–
2 090,00 bis 2 099,99	637,99	233,92	88,29	–	–	–
2 100,00 bis 2 109,99	644,99	238,92	92,29	–	–	–
2 110,00 bis 2 119,99	651,99	243,92	96,29	–	–	–
2 120,00 bis 2 129,99	658,99	248,92	100,29	1,08	–	–
2 130,00 bis 2 139,99	665,99	253,92	104,29	4,08	–	–
2 140,00 bis 2 149,99	672,99	258,92	108,29	7,08	–	–
2 150,00 bis 2 159,99	679,99	263,92	112,29	10,08	–	–
2 160,00 bis 2 169,99	686,99	268,92	116,29	13,08	–	–
2 170,00 bis 2 179,99	693,99	273,92	120,29	16,08	–	–
2 180,00 bis 2 189,99	700,99	278,92	124,29	19,08	–	–
2 190,00 bis 2 199,99	707,99	283,92	128,29	22,08	–	–
2 200,00 bis 2 209,99	714,99	288,92	132,29	25,08	–	–
2 210,00 bis 2 219,99	721,99	293,92	136,29	28,08	–	–
2 220,00 bis 2 229,99	728,99	298,92	140,29	31,08	–	–
2 230,00 bis 2 239,99	735,99	303,92	144,29	34,08	–	–
2 240,00 bis 2 249,99	742,99	308,92	148,29	37,08	–	–
2 250,00 bis 2 259,99	749,99	313,92	152,29	40,08	–	–
2 260,00 bis 2 269,99	756,99	318,92	156,29	43,08	–	–
2 270,00 bis 2 279,99	763,99	323,92	160,29	46,08	–	–
2 280,00 bis 2 289,99	770,99	328,92	164,29	49,08	–	–
2 290,00 bis 2 299,99	777,99	333,92	168,29	52,08	–	–
2 300,00 bis 2 309,99	784,99	338,92	172,29	55,08	–	–
2 310,00 bis 2 319,99	791,99	343,92	176,29	58,08	–	–
2 320,00 bis 2 329,99	798,99	348,92	180,29	61,08	–	–

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn monatlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
2 330,00 bis 2 339,99	805,99	353,92	184,29	64,08	–	–
2 340,00 bis 2 349,99	812,99	358,92	188,29	67,08	–	–
2 350,00 bis 2 359,99	819,99	363,92	192,29	70,08	–	–
2 360,00 bis 2 369,99	826,99	368,92	196,29	73,08	–	–
2 370,00 bis 2 379,99	833,99	373,92	200,29	76,08	1,30	–
2 380,00 bis 2 389,99	840,99	378,92	204,29	79,08	3,30	–
2 390,00 bis 2 399,99	847,99	383,92	208,29	82,08	5,30	–
2 400,00 bis 2 409,99	854,99	388,92	212,29	85,08	7,30	–
2 410,00 bis 2 419,99	861,99	393,92	216,29	88,08	9,30	–
2 420,00 bis 2 429,99	868,99	398,92	220,29	91,08	11,30	–
2 430,00 bis 2 439,99	875,99	403,92	224,29	94,08	13,30	–
2 440,00 bis 2 449,99	882,99	408,92	228,29	97,08	15,30	–
2 450,00 bis 2 459,99	889,99	413,92	232,29	100,08	17,30	–
2 460,00 bis 2 469,99	896,99	418,92	236,29	103,08	19,30	–
2 470,00 bis 2 479,99	903,99	423,92	240,29	106,08	21,30	–
2 480,00 bis 2 489,99	910,99	428,92	244,29	109,08	23,30	–
2 490,00 bis 2 499,99	917,99	433,92	248,29	112,08	25,30	–
2 500,00 bis 2 509,99	924,99	438,92	252,29	115,08	27,30	–
2 510,00 bis 2 519,99	931,99	443,92	256,29	118,08	29,30	–
2 520,00 bis 2 529,99	938,99	448,92	260,29	121,08	31,30	–
2 530,00 bis 2 539,99	945,99	453,92	264,29	124,08	33,30	–
2 540,00 bis 2 549,99	952,99	458,92	268,29	127,08	35,30	–
2 550,00 bis 2 559,99	959,99	463,92	272,29	130,08	37,30	–
2 560,00 bis 2 569,99	966,99	468,92	276,29	133,08	39,30	–
2 570,00 bis 2 579,99	973,99	473,92	280,29	136,08	41,30	–
2 580,00 bis 2 589,99	980,99	478,92	284,29	139,08	43,30	–
2 590,00 bis 2 599,99	987,99	483,92	288,29	142,08	45,30	–
2 600,00 bis 2 609,99	994,99	488,92	292,29	145,08	47,30	–
2 610,00 bis 2 619,99	1 001,99	493,92	296,29	148,08	49,30	–
2 620,00 bis 2 629,99	1 008,99	498,92	300,29	151,08	51,30	0,94
2 630,00 bis 2 639,99	1 015,99	503,92	304,29	154,08	53,30	1,94
2 640,00 bis 2 649,99	1 022,99	508,92	308,29	157,08	55,30	2,94
2 650,00 bis 2 659,99	1 029,99	513,92	312,29	160,08	57,30	3,94
2 660,00 bis 2 669,99	1 036,99	518,92	316,29	163,08	59,30	4,94
2 670,00 bis 2 679,99	1 043,99	523,92	320,29	166,08	61,30	5,94
2 680,00 bis 2 689,99	1 050,99	528,92	324,29	169,08	63,30	6,94
2 690,00 bis 2 699,99	1 057,99	533,92	328,29	172,08	65,30	7,94
2 700,00 bis 2 709,99	1 064,99	538,92	332,29	175,08	67,30	8,94
2 710,00 bis 2 719,99	1 071,99	543,92	336,29	178,08	69,30	9,94

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn monatlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
2 720,00 bis 2 729,99	1 078,99	548,92	340,29	181,08	71,30	10,94
2 730,00 bis 2 739,99	1 085,99	553,92	344,29	184,08	73,30	11,94
2 740,00 bis 2 749,99	1 092,99	558,92	348,29	187,08	75,30	12,94
2 750,00 bis 2 759,99	1 099,99	563,92	352,29	190,08	77,30	13,94
2 760,00 bis 2 769,99	1 106,99	568,92	356,29	193,08	79,30	14,94
2 770,00 bis 2 779,99	1 113,99	573,92	360,29	196,08	81,30	15,94
2 780,00 bis 2 789,99	1 120,99	578,92	364,29	199,08	83,30	16,94
2 790,00 bis 2 799,99	1 127,99	583,92	368,29	202,08	85,30	17,94
2 800,00 bis 2 809,99	1 134,99	588,92	372,29	205,08	87,30	18,94
2 810,00 bis 2 819,99	1 141,99	593,92	376,29	208,08	89,30	19,94
2 820,00 bis 2 829,99	1 148,99	598,92	380,29	211,08	91,30	20,94
2 830,00 bis 2 839,99	1 155,99	603,92	384,29	214,08	93,30	21,94
2 840,00 bis 2 849,99	1 162,99	608,92	388,29	217,08	95,30	22,94
2 850,00 bis 2 859,99	1 169,99	613,92	392,29	220,08	97,30	23,94
2 860,00 bis 2 869,99	1 176,99	618,92	396,29	223,08	99,30	24,94
2 870,00 bis 2 879,99	1 183,99	623,92	400,29	226,08	101,30	25,94
2 880,00 bis 2 889,99	1 190,99	628,92	404,29	229,08	103,30	26,94
2 890,00 bis 2 899,99	1 197,99	633,92	408,29	232,08	105,30	27,94
2 900,00 bis 2 909,99	1 204,99	638,92	412,29	235,08	107,30	28,94
2 910,00 bis 2 919,99	1 211,99	643,92	416,29	238,08	109,30	29,94
2 920,00 bis 2 929,99	1 218,99	648,92	420,29	241,08	111,30	30,94
2 930,00 bis 2 939,99	1 225,99	653,92	424,29	244,08	113,30	31,94
2 940,00 bis 2 949,99	1 232,99	658,92	428,29	247,08	115,30	32,94
2 950,00 bis 2 959,99	1 239,99	663,92	432,29	250,08	117,30	33,94
2 960,00 bis 2 969,99	1 246,99	668,92	436,29	253,08	119,30	34,94
2 970,00 bis 2 979,99	1 253,99	673,92	440,29	256,08	121,30	35,94
2 980,00 bis 2 989,99	1 260,99	678,92	444,29	259,08	123,30	36,94
2 990,00 bis 2 999,99	1 267,99	683,92	448,29	262,08	125,30	37,94
3 000,00 bis 3 009,99	1 274,99	688,92	452,29	265,08	127,30	38,94
3 010,00 bis 3 019,99	1 281,99	693,92	456,29	268,08	129,30	39,94
3 020,00 bis 3 029,99	1 288,99	698,92	460,29	271,08	131,30	40,94
3 030,00 bis 3 039,99	1 295,99	703,92	464,29	274,08	133,30	41,94
3 040,00 bis 3 049,99	1 302,99	708,92	468,29	277,08	135,30	42,94
3 050,00 bis 3 059,99	1 309,99	713,92	472,29	280,08	137,30	43,94
3 060,00 bis 3 069,99	1 316,99	718,92	476,29	283,08	139,30	44,94
3 070,00 bis 3 079,99	1 323,99	723,92	480,29	286,08	141,30	45,94
3 080,00 bis 3 089,99	1 330,99	728,92	484,29	289,08	143,30	46,94
3 090,00 bis 3 099,99	1 337,99	733,92	488,29	292,08	145,30	47,94
3 100,00 bis 3 109,99	1 344,99	738,92	492,29	295,08	147,30	48,94

Nettolohn monatlich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
3 110,00 bis 3 119,99	1 351,99	743,92	496,29	298,08	149,30	49,94
3 120,00 bis 3 129,99	1 358,99	748,92	500,29	301,08	151,30	50,94
3 130,00 bis 3 139,99	1 365,99	753,92	504,29	304,08	153,30	51,94
3 140,00 bis 3 149,99	1 372,99	758,92	508,29	307,08	155,30	52,94
3 150,00 bis 3 159,99	1 379,99	763,92	512,29	310,08	157,30	53,94
3 160,00 bis 3 169,99	1 386,99	768,92	516,29	313,08	159,30	54,94
3 170,00 bis 3 179,99	1 393,99	773,92	520,29	316,08	161,30	55,94
3 180,00 bis 3 189,99	1 400,99	778,92	524,29	319,08	163,30	56,94
3 190,00 bis 3 199,99	1 407,99	783,92	528,29	322,08	165,30	57,94
3 200,00 bis 3 209,99	1 414,99	788,92	532,29	325,08	167,30	58,94
3 210,00 bis 3 219,99	1 421,99	793,92	536,29	328,08	169,30	59,94
3 220,00 bis 3 229,99	1 428,99	798,92	540,29	331,08	171,30	60,94
3 230,00 bis 3 239,99	1 435,99	803,92	544,29	334,08	173,30	61,94
3 240,00 bis 3 249,99	1 442,99	808,92	548,29	337,08	175,30	62,94
3 250,00 bis 3 259,99	1 449,99	813,92	552,29	340,08	177,30	63,94
3 260,00 bis 3 269,99	1 456,99	818,92	556,29	343,08	179,30	64,94
3 270,00 bis 3 279,99	1 463,99	823,92	560,29	346,08	181,30	65,94
3 280,00 bis 3 289,99	1 470,99	828,92	564,29	349,08	183,30	66,94
3 290,00 bis 3 299,99	1 477,99	833,92	568,29	352,08	185,30	67,94
3 300,00 bis 3 309,99	1 484,99	838,92	572,29	355,08	187,30	68,94
3 310,00 bis 3 319,99	1 491,99	843,92	576,29	358,08	189,30	69,94
3 320,00 bis 3 329,99	1 498,99	848,92	580,29	361,08	191,30	70,94
3 330,00 bis 3 339,99	1 505,99	853,92	584,29	364,08	193,30	71,94
3 340,00 bis 3 349,99	1 512,99	858,92	588,29	367,08	195,30	72,94
3 350,00 bis 3 359,99	1 519,99	863,92	592,29	370,08	197,30	73,94
3 360,00 bis 3 369,99	1 526,99	868,92	596,29	373,08	199,30	74,94
3 370,00 bis 3 379,99	1 533,99	873,92	600,29	376,08	201,30	75,94
3 380,00 bis 3 389,99	1 540,99	878,92	604,29	379,08	203,30	76,94
3 390,00 bis 3 399,99	1 547,99	883,92	608,29	382,08	205,30	77,94
3 400,00 bis 3 409,99	1 554,99	888,92	612,29	385,08	207,30	78,94
3 410,00 bis 3 419,99	1 561,99	893,92	616,29	388,08	209,30	79,94
3 420,00 bis 3 429,99	1 568,99	898,92	620,29	391,08	211,30	80,94
3 430,00 bis 3 439,99	1 575,99	903,92	624,29	394,08	213,30	81,94
3 440,00 bis 3 449,99	1 582,99	908,92	628,29	397,08	215,30	82,94
3 450,00 bis 3 459,99	1 589,99	913,92	632,29	400,08	217,30	83,94
3 460,00 bis 3 469,99	1 596,99	918,92	636,29	403,08	219,30	84,94
3 470,00 bis 3 479,99	1 603,99	923,92	640,29	406,08	221,30	85,94
3 480,00 bis 3 489,99	1 610,99	928,92	644,29	409,08	223,30	86,94
3 490,00 bis 3 499,99	1 617,99	933,92	648,29	412,08	225,30	87,94

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn monatlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
3 500,00 bis 3 509,99	1 624,99	938,92	652,29	415,08	227,30	88,94
3 510,00 bis 3 519,99	1 631,99	943,92	656,29	418,08	229,30	89,94
3 520,00 bis 3 529,99	1 638,99	948,92	660,29	421,08	231,30	90,94
3 530,00 bis 3 539,99	1 645,99	953,92	664,29	424,08	233,30	91,94
3 540,00 bis 3 549,99	1 652,99	958,92	668,29	427,08	235,30	92,94
3 550,00 bis 3 559,99	1 659,99	963,92	672,29	430,08	237,30	93,94
3 560,00 bis 3 569,99	1 666,99	968,92	676,29	433,08	239,30	94,94
3 570,00 bis 3 579,99	1 673,99	973,92	680,29	436,08	241,30	95,94
3 580,00 bis 3 589,99	1 680,99	978,92	684,29	439,08	243,30	96,94
3 590,00 bis 3 599,99	1 687,99	983,92	688,29	442,08	245,30	97,94
3 600,00 bis 3 609,99	1 694,99	988,92	692,29	445,08	247,30	98,94
3 610,00 bis 3 613,08	1 701,99	993,92	696,29	448,08	249,30	99,94
Der Mehrbetrag über 3 613,08 EURO ist voll pfändbar						

Auszahlung für Wochen

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn wöchentlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
bis 272,49	–	–	–	–	–	–
272,50 bis 274,99	0,88	–	–	–	–	–
275,00 bis 277,49	2,63	–	–	–	–	–
277,50 bis 279,99	4,38	–	–	–	–	–
280,00 bis 282,49	6,13	–	–	–	–	–
282,50 bis 284,99	7,88	–	–	–	–	–
285,00 bis 287,49	9,63	–	–	–	–	–
287,50 bis 289,99	11,38	–	–	–	–	–
290,00 bis 292,49	13,13	–	–	–	–	–
292,50 bis 294,99	14,88	–	–	–	–	–
295,00 bis 297,49	16,63	–	–	–	–	–
297,50 bis 299,99	18,38	–	–	–	–	–
300,00 bis 302,49	20,13	–	–	–	–	–
302,50 bis 304,99	21,88	–	–	–	–	–
305,00 bis 307,49	23,63	–	–	–	–	–
307,50 bis 309,99	25,38	–	–	–	–	–
310,00 bis 312,49	27,13	–	–	–	–	–
312,50 bis 314,99	28,88	–	–	–	–	–
315,00 bis 317,49	30,63	–	–	–	–	–
317,50 bis 319,99	32,38	–	–	–	–	–
320,00 bis 322,49	34,13	–	–	–	–	–
322,50 bis 324,99	35,88	–	–	–	–	–
325,00 bis 327,49	37,63	–	–	–	–	–
327,50 bis 329,99	39,38	–	–	–	–	–
330,00 bis 332,49	41,13	–	–	–	–	–
332,50 bis 334,99	42,88	–	–	–	–	–
335,00 bis 337,49	44,63	–	–	–	–	–
337,50 bis 339,99	46,38	–	–	–	–	–
340,00 bis 342,49	48,13	–	–	–	–	–
342,50 bis 344,99	49,88	–	–	–	–	–
345,00 bis 347,49	51,63	–	–	–	–	–
347,50 bis 349,99	53,38	–	–	–	–	–
350,00 bis 352,49	55,13	–	–	–	–	–
352,50 bis 354,99	56,88	–	–	–	–	–
355,00 bis 357,49	58,63	–	–	–	–	–
357,50 bis 359,99	60,38	–	–	–	–	–
360,00 bis 362,49	62,13	–	–	–	–	–
362,50 bis 364,99	63,88	–	–	–	–	–
365,00 bis 367,49	65,63	–	–	–	–	–
367,50 bis 369,99	67,38	–	–	–	–	–

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn wöchentlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
370,00 bis 372,49	69,13	–	–	–	–	–
372,50 bis 374,99	70,88	–	–	–	–	–
375,00 bis 377,49	72,63	0,84	–	–	–	–
377,50 bis 379,99	74,38	2,09	–	–	–	–
380,00 bis 382,49	76,13	3,34	–	–	–	–
382,50 bis 384,99	77,88	4,59	–	–	–	–
385,00 bis 387,49	79,63	5,84	–	–	–	–
387,50 bis 389,99	81,38	7,09	–	–	–	–
390,00 bis 392,49	83,13	8,34	–	–	–	–
392,50 bis 394,99	84,88	9,59	–	–	–	–
395,00 bis 397,49	86,63	10,84	–	–	–	–
397,50 bis 399,99	88,38	12,09	–	–	–	–
400,00 bis 402,49	90,13	13,34	–	–	–	–
402,50 bis 404,99	91,88	14,59	–	–	–	–
405,00 bis 407,49	93,63	15,84	–	–	–	–
407,50 bis 409,99	95,38	17,09	–	–	–	–
410,00 bis 412,49	97,13	18,34	–	–	–	–
412,50 bis 414,99	98,88	19,59	–	–	–	–
415,00 bis 417,49	100,63	20,84	–	–	–	–
417,50 bis 419,99	102,38	22,09	–	–	–	–
420,00 bis 422,49	104,13	23,34	–	–	–	–
422,50 bis 424,99	105,88	24,59	–	–	–	–
425,00 bis 427,49	107,63	25,84	–	–	–	–
427,50 bis 429,99	109,38	27,09	–	–	–	–
430,00 bis 432,49	111,13	28,34	–	–	–	–
432,50 bis 434,99	112,88	29,59	0,92	–	–	–
435,00 bis 437,49	114,63	30,84	1,92	–	–	–
437,50 bis 439,99	116,38	32,09	2,92	–	–	–
440,00 bis 442,49	118,13	33,34	3,92	–	–	–
442,50 bis 444,99	119,88	34,59	4,92	–	–	–
445,00 bis 447,49	121,63	35,84	5,92	–	–	–
447,50 bis 449,99	123,38	37,09	6,92	–	–	–
450,00 bis 452,49	125,13	38,34	7,92	–	–	–
452,50 bis 454,99	126,88	39,59	8,92	–	–	–
455,00 bis 457,49	128,63	40,84	9,92	–	–	–
457,50 bis 459,99	130,38	42,09	10,92	–	–	–
460,00 bis 462,49	132,13	43,34	11,92	–	–	–
462,50 bis 464,99	133,88	44,59	12,92	–	–	–
465,00 bis 467,49	135,63	45,84	13,92	–	–	–
467,50 bis 469,99	137,38	47,09	14,92	–	–	–
470,00 bis 472,49	139,13	48,34	15,92	–	–	–

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn wöchentlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
472,50 bis 474,99	140,88	49,59	16,92	–	–	–
475,00 bis 477,49	142,63	50,84	17,92	–	–	–
477,50 bis 479,99	144,38	52,09	18,92	–	–	–
480,00 bis 482,49	146,13	53,34	19,92	–	–	–
482,50 bis 484,99	147,88	54,59	20,92	–	–	–
485,00 bis 487,49	149,63	55,84	21,92	–	–	–
487,50 bis 489,99	151,38	57,09	22,92	0,13	–	–
490,00 bis 492,49	153,13	58,34	23,92	0,88	–	–
492,50 bis 494,99	154,88	59,59	24,92	1,63	–	–
495,00 bis 497,49	156,63	60,84	25,92	2,38	–	–
497,50 bis 499,99	158,38	62,09	26,92	3,13	–	–
500,00 bis 502,49	160,13	63,34	27,92	3,88	–	–
502,50 bis 504,99	161,88	64,59	28,92	4,63	–	–
505,00 bis 507,49	163,63	65,84	29,92	5,38	–	–
507,50 bis 509,99	165,38	67,09	30,92	6,13	–	–
510,00 bis 512,49	167,13	68,34	31,92	6,88	–	–
512,50 bis 514,99	168,88	69,59	32,92	7,63	–	–
515,00 bis 517,49	170,63	70,84	33,92	8,38	–	–
517,50 bis 519,99	172,38	72,09	34,92	9,13	–	–
520,00 bis 522,49	174,13	73,34	35,92	9,88	–	–
522,50 bis 524,99	175,88	74,59	36,92	10,63	–	–
525,00 bis 527,49	177,63	75,84	37,92	11,38	–	–
527,50 bis 529,99	179,38	77,09	38,92	12,13	–	–
530,00 bis 532,49	181,13	78,34	39,92	12,88	–	–
532,50 bis 534,99	182,88	79,59	40,92	13,63	–	–
535,00 bis 537,49	184,63	80,84	41,92	14,38	–	–
537,50 bis 539,99	186,38	82,09	42,92	15,13	–	–
540,00 bis 542,49	188,13	83,34	43,92	15,88	–	–
542,50 bis 544,99	189,88	84,59	44,92	16,63	–	–
545,00 bis 547,49	191,63	85,84	45,92	17,38	0,21	–
547,50 bis 549,99	193,38	87,09	46,92	18,13	0,71	–
550,00 bis 552,49	195,13	88,34	47,92	18,88	1,21	–
552,50 bis 554,99	196,88	89,59	48,92	19,63	1,71	–
555,00 bis 557,49	198,63	90,84	49,92	20,38	2,21	–
557,50 bis 559,99	200,38	92,09	50,92	21,13	2,71	–
560,00 bis 562,49	202,13	93,34	51,92	21,88	3,21	–
562,50 bis 564,99	203,88	94,59	52,92	22,63	3,71	–
565,00 bis 567,49	205,63	95,84	53,92	23,38	4,21	–
567,50 bis 569,99	207,38	97,09	54,92	24,13	4,71	–
570,00 bis 572,49	209,13	98,34	55,92	24,88	5,21	–
572,50 bis 574,99	210,88	99,59	56,92	25,63	5,71	–

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn wöchentlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
575,00 bis 577,49	212,63	100,84	57,92	26,38	6,21	–
577,50 bis 579,99	214,38	102,09	58,92	27,13	6,71	–
580,00 bis 582,49	216,13	103,34	59,92	27,88	7,21	–
582,50 bis 584,99	217,88	104,59	60,92	28,63	7,71	–
585,00 bis 587,49	219,63	105,84	61,92	29,38	8,21	–
587,50 bis 589,99	221,38	107,09	62,92	30,13	8,71	–
590,00 bis 592,49	223,13	108,34	63,92	30,88	9,21	–
592,50 bis 594,99	224,88	109,59	64,92	31,63	9,71	–
595,00 bis 597,49	226,63	110,84	65,92	32,38	10,21	–
597,50 bis 599,99	228,38	112,09	66,92	33,13	10,71	–
600,00 bis 602,49	230,13	113,34	67,92	33,88	11,21	–
602,50 bis 604,99	231,88	114,59	68,92	34,63	11,71	0,17
605,00 bis 607,49	233,63	115,84	69,92	35,38	12,21	0,42
607,50 bis 609,99	235,38	117,09	70,92	36,13	12,71	0,67
610,00 bis 612,49	237,13	118,34	71,92	36,88	13,21	0,92
612,50 bis 614,99	238,88	119,59	72,92	37,63	13,71	1,17
615,00 bis 617,49	240,63	120,84	73,92	38,38	14,21	1,42
617,50 bis 619,99	242,38	122,09	74,92	39,13	14,71	1,67
620,00 bis 622,49	244,13	123,34	75,92	39,88	15,21	1,92
622,50 bis 624,99	245,88	124,59	76,92	40,63	15,71	2,17
625,00 bis 627,49	247,63	125,84	77,92	41,38	16,21	2,42
627,50 bis 629,99	249,38	127,09	78,92	42,13	16,71	2,67
630,00 bis 632,49	251,13	128,34	79,92	42,88	17,21	2,92
632,50 bis 634,99	252,88	129,59	80,92	43,63	17,71	3,17
635,00 bis 637,49	254,63	130,84	81,92	44,38	18,21	3,42
637,50 bis 639,99	256,38	132,09	82,92	45,13	18,71	3,67
640,00 bis 642,49	258,13	133,34	83,92	45,88	19,21	3,92
642,50 bis 644,99	259,88	134,59	84,92	46,63	19,71	4,17
645,00 bis 647,49	261,63	135,84	85,92	47,38	20,21	4,42
647,50 bis 649,99	263,38	137,09	86,92	48,13	20,71	4,67
650,00 bis 652,49	265,13	138,34	87,92	48,88	21,21	4,92
652,50 bis 654,99	266,88	139,59	88,92	49,63	21,71	5,17
655,00 bis 657,49	268,63	140,84	89,92	50,38	22,21	5,42
657,50 bis 659,99	270,38	142,09	90,92	51,13	22,71	5,67
660,00 bis 662,49	272,13	143,34	91,92	51,88	23,21	5,92
662,50 bis 664,99	273,88	144,59	92,92	52,63	23,71	6,17
665,00 bis 667,49	275,63	145,84	93,92	53,38	24,21	6,42
667,50 bis 669,99	277,38	147,09	94,92	54,13	24,71	6,67
670,00 bis 672,49	279,13	148,34	95,92	54,88	25,21	6,92
672,50 bis 674,99	280,88	149,59	96,92	55,63	25,71	7,17
675,00 bis 677,49	282,63	150,84	97,92	56,38	26,21	7,42

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn wöchentlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
677,50 bis 679,99	284,38	152,09	98,92	57,13	26,71	7,67
680,00 bis 682,49	286,13	153,34	99,92	57,88	27,21	7,92
682,50 bis 684,99	287,88	154,59	100,92	58,63	27,71	8,17
685,00 bis 687,49	289,63	155,84	101,92	59,38	28,21	8,42
687,50 bis 689,99	291,38	157,09	102,92	60,13	28,71	8,67
690,00 bis 692,49	293,13	158,34	103,92	60,88	29,21	8,92
692,50 bis 694,99	294,88	159,59	104,92	61,63	29,71	9,17
695,00 bis 697,49	296,63	160,84	105,92	62,38	30,21	9,42
697,50 bis 699,99	298,38	162,09	106,92	63,13	30,71	9,67
700,00 bis 702,49	300,13	163,34	107,92	63,88	31,21	9,92
702,50 bis 704,99	301,88	164,59	108,92	64,63	31,71	10,17
705,00 bis 707,49	303,63	165,84	109,92	65,38	32,21	10,42
707,50 bis 709,99	305,38	167,09	110,92	66,13	32,71	10,67
710,00 bis 712,49	307,13	168,34	111,92	66,88	33,21	10,92
712,50 bis 714,99	308,88	169,59	112,92	67,63	33,71	11,17
715,00 bis 717,49	310,63	170,84	113,92	68,38	34,21	11,42
717,50 bis 719,99	312,38	172,09	114,92	69,13	34,71	11,67
720,00 bis 722,49	314,13	173,34	115,92	69,88	35,21	11,92
722,50 bis 724,99	315,88	174,59	116,92	70,63	35,71	12,17
725,00 bis 727,49	317,63	175,84	117,92	71,38	36,21	12,42
727,50 bis 729,99	319,38	177,09	118,92	72,13	36,71	12,67
730,00 bis 732,49	321,13	178,34	119,92	72,88	37,21	12,92
732,50 bis 734,99	322,88	179,59	120,92	73,63	37,71	13,17
735,00 bis 737,49	324,63	180,84	121,92	74,38	38,21	13,42
737,50 bis 739,99	326,38	182,09	122,92	75,13	38,71	13,67
740,00 bis 742,49	328,13	183,34	123,92	75,88	39,21	13,92
742,50 bis 744,99	329,88	184,59	124,92	76,63	39,71	14,17
745,00 bis 747,49	331,63	185,84	125,92	77,38	40,21	14,42
747,50 bis 749,99	333,38	187,09	126,92	78,13	40,71	14,67
750,00 bis 752,49	335,13	188,34	127,92	78,88	41,21	14,92
752,50 bis 754,99	336,88	189,59	128,92	79,63	41,71	15,17
755,00 bis 757,49	338,63	190,84	129,92	80,38	42,21	15,42
757,50 bis 759,99	340,38	192,09	130,92	81,13	42,71	15,67
760,00 bis 762,49	342,13	193,34	131,92	81,88	43,21	15,92
762,50 bis 764,99	343,88	194,59	132,92	82,63	43,71	16,17
765,00 bis 767,49	345,63	195,84	133,92	83,38	44,21	16,42
767,50 bis 769,99	347,38	197,09	134,92	84,13	44,71	16,67
770,00 bis 772,49	349,13	198,34	135,92	84,88	45,21	16,92
772,50 bis 774,99	350,88	199,59	136,92	85,63	45,71	17,17
775,00 bis 777,49	352,63	200,84	137,92	86,38	46,21	17,42
777,50 bis 779,99	354,38	202,09	138,92	87,13	46,71	17,67

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn wöchentlich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
780,00 bis 782,49	356,13	203,34	139,92	87,88	47,21	17,92
782,50 bis 784,99	357,88	204,59	140,92	88,63	47,71	18,17
785,00 bis 787,49	359,63	205,84	141,92	89,38	48,21	18,42
787,50 bis 789,99	361,38	207,09	142,92	90,13	48,71	18,67
790,00 bis 792,49	363,13	208,34	143,92	90,88	49,21	18,92
792,50 bis 794,99	364,88	209,59	144,92	91,63	49,71	19,17
795,00 bis 797,49	366,63	210,84	145,92	92,38	50,21	19,42
797,50 bis 799,99	368,38	212,09	146,92	93,13	50,71	19,67
800,00 bis 802,49	370,13	213,34	147,92	93,88	51,21	19,92
802,50 bis 804,99	371,88	214,59	148,92	94,63	51,71	20,17
805,00 bis 807,49	373,63	215,84	149,92	95,38	52,21	20,42
807,50 bis 809,99	375,38	217,09	150,92	96,13	52,71	20,67
810,00 bis 812,49	377,13	218,34	151,92	96,88	53,21	20,92
812,50 bis 814,99	378,88	219,59	152,92	97,63	53,71	21,17
815,00 bis 817,49	380,63	220,84	153,92	98,38	54,21	21,42
817,50 bis 819,99	382,38	222,09	154,92	99,13	54,71	21,67
820,00 bis 822,49	384,13	223,34	155,92	99,88	55,21	21,92
822,50 bis 824,99	385,88	224,59	156,92	100,63	55,71	22,17
825,00 bis 827,49	387,63	225,84	157,92	101,38	56,21	22,42
827,50 bis 829,99	389,38	227,09	158,92	102,13	56,71	22,67
830,00 bis 831,50	391,13	228,34	159,92	102,88	57,21	22,92
Der Mehrbetrag über 831,50 EURO ist voll pfändbar.						

Auszahlung für Tage

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
bis 54,49	–	–	–	–	–	–
54,50 bis 54,99	0,17	–	–	–	–	–
55,00 bis 55,49	0,52	–	–	–	–	–
55,50 bis 55,99	0,87	–	–	–	–	–
56,00 bis 56,49	1,22	–	–	–	–	–
56,50 bis 56,99	1,57	–	–	–	–	–
57,00 bis 57,49	1,92	–	–	–	–	–
57,50 bis 57,99	2,27	–	–	–	–	–
58,00 bis 58,49	2,62	–	–	–	–	–
58,50 bis 58,99	2,97	–	–	–	–	–
59,00 bis 59,49	3,32	–	–	–	–	–
59,50 bis 59,99	3,67	–	–	–	–	–
60,00 bis 60,49	4,02	–	–	–	–	–
60,50 bis 60,99	4,37	–	–	–	–	–
61,00 bis 61,49	4,72	–	–	–	–	–
61,50 bis 61,99	5,07	–	–	–	–	–
62,00 bis 62,49	5,42	–	–	–	–	–
62,50 bis 62,99	5,77	–	–	–	–	–
63,00 bis 63,49	6,12	–	–	–	–	–
63,50 bis 63,99	6,47	–	–	–	–	–
64,00 bis 64,49	6,82	–	–	–	–	–
64,50 bis 64,99	7,17	–	–	–	–	–
65,00 bis 65,49	7,52	–	–	–	–	–
65,50 bis 65,99	7,87	–	–	–	–	–
66,00 bis 66,49	8,22	–	–	–	–	–
66,50 bis 66,99	8,57	–	–	–	–	–
67,00 bis 67,49	8,92	–	–	–	–	–
67,50 bis 67,99	9,27	–	–	–	–	–
68,00 bis 68,49	9,62	–	–	–	–	–
68,50 bis 68,99	9,97	–	–	–	–	–
69,00 bis 69,49	10,32	–	–	–	–	–
69,50 bis 69,99	10,67	–	–	–	–	–
70,00 bis 70,49	11,02	–	–	–	–	–
70,50 bis 70,99	11,37	–	–	–	–	–
71,00 bis 71,49	11,72	–	–	–	–	–
71,50 bis 71,99	12,07	–	–	–	–	–
72,00 bis 72,49	12,42	–	–	–	–	–
72,50 bis 72,99	12,77	–	–	–	–	–
73,00 bis 73,49	13,12	–	–	–	–	–
73,50 bis 73,99	13,47	–	–	–	–	–

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn täglich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
74,00 bis 74,49	13,82	–	–	–	–	–
74,50 bis 74,99	14,17	–	–	–	–	–
75,00 bis 75,49	14,52	0,16	–	–	–	–
75,50 bis 75,99	14,87	0,41	–	–	–	–
76,00 bis 76,49	15,22	0,66	–	–	–	–
76,50 bis 76,99	15,57	0,91	–	–	–	–
77,00 bis 77,49	15,92	1,16	–	–	–	–
77,50 bis 77,99	16,27	1,41	–	–	–	–
78,00 bis 78,49	16,62	1,66	–	–	–	–
78,50 bis 78,99	16,97	1,91	–	–	–	–
79,00 bis 79,49	17,32	2,16	–	–	–	–
79,50 bis 79,99	17,67	2,41	–	–	–	–
80,00 bis 80,49	18,02	2,66	–	–	–	–
80,50 bis 80,99	18,37	2,91	–	–	–	–
81,00 bis 81,49	18,72	3,16	–	–	–	–
81,50 bis 81,99	19,07	3,41	–	–	–	–
82,00 bis 82,49	19,42	3,66	–	–	–	–
82,50 bis 82,99	19,77	3,91	–	–	–	–
83,00 bis 83,49	20,12	4,16	–	–	–	–
83,50 bis 83,99	20,47	4,41	–	–	–	–
84,00 bis 84,49	20,82	4,66	–	–	–	–
84,50 bis 84,99	21,17	4,91	–	–	–	–
85,00 bis 85,49	21,52	5,16	–	–	–	–
85,50 bis 85,99	21,87	5,41	–	–	–	–
86,00 bis 86,49	22,22	5,66	–	–	–	–
86,50 bis 86,99	22,57	5,91	0,18	–	–	–
87,00 bis 87,49	22,92	6,16	0,38	–	–	–
87,50 bis 87,99	23,27	6,41	0,58	–	–	–
88,00 bis 88,49	23,62	6,66	0,78	–	–	–
88,50 bis 88,99	23,97	6,91	0,98	–	–	–
89,00 bis 89,49	24,32	7,16	1,18	–	–	–
89,50 bis 89,99	24,67	7,41	1,38	–	–	–
90,00 bis 90,49	25,02	7,66	1,58	–	–	–
90,50 bis 90,99	25,37	7,91	1,78	–	–	–
91,00 bis 91,49	25,72	8,16	1,98	–	–	–
91,50 bis 91,99	26,07	8,41	2,18	–	–	–
92,00 bis 92,49	26,42	8,66	2,38	–	–	–
92,50 bis 92,99	26,77	8,91	2,58	–	–	–
93,00 bis 93,49	27,12	9,16	2,78	–	–	–
93,50 bis 93,99	27,47	9,41	2,98	–	–	–
94,00 bis 94,49	27,82	9,66	3,18	–	–	–

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
94,50 bis 94,99	28,17	9,91	3,38	–	–	–
95,00 bis 95,49	28,52	10,16	3,58	–	–	–
95,50 bis 95,99	28,87	10,41	3,78	–	–	–
96,00 bis 96,49	29,22	10,66	3,98	–	–	–
96,50 bis 96,99	29,57	10,91	4,18	–	–	–
97,00 bis 97,49	29,92	11,16	4,38	–	–	–
97,50 bis 97,99	30,27	11,41	4,58	0,02	–	–
98,00 bis 98,49	30,62	11,66	4,78	0,17	–	–
98,50 bis 98,99	30,97	11,91	4,98	0,32	–	–
99,00 bis 99,49	31,32	12,16	5,18	0,47	–	–
99,50 bis 99,99	31,67	12,41	5,38	0,62	–	–
100,00 bis 100,49	32,02	12,66	5,58	0,77	–	–
100,50 bis 100,99	32,37	12,91	5,78	0,92	–	–
101,00 bis 101,49	32,72	13,16	5,98	1,07	–	–
101,50 bis 101,99	33,07	13,41	6,18	1,22	–	–
102,00 bis 102,49	33,42	13,66	6,38	1,37	–	–
102,50 bis 102,99	33,77	13,91	6,58	1,52	–	–
103,00 bis 103,49	34,12	14,16	6,78	1,67	–	–
103,50 bis 103,99	34,47	14,41	6,98	1,82	–	–
104,00 bis 104,49	34,82	14,66	7,18	1,97	–	–
104,50 bis 104,99	35,17	14,91	7,38	2,12	–	–
105,00 bis 105,49	35,52	15,16	7,58	2,27	–	–
105,50 bis 105,99	35,87	15,41	7,78	2,42	–	–
106,00 bis 106,49	36,22	15,66	7,98	2,57	–	–
106,50 bis 106,99	36,57	15,91	8,18	2,72	–	–
107,00 bis 107,49	36,92	16,16	8,38	2,87	–	–
107,50 bis 107,99	37,27	16,41	8,58	3,02	–	–
108,00 bis 108,49	37,62	16,66	8,78	3,17	–	–
108,50 bis 108,99	37,97	16,91	8,98	3,32	–	–
109,00 bis 109,49	38,32	17,16	9,18	3,47	0,04	–
109,50 bis 109,99	38,67	17,41	9,38	3,62	0,14	–
110,00 bis 110,49	39,02	17,66	9,58	3,77	0,24	–
110,50 bis 110,99	39,37	17,91	9,78	3,92	0,34	–
111,00 bis 111,49	39,72	18,16	9,98	4,07	0,44	–
111,50 bis 111,99	40,07	18,41	10,18	4,22	0,54	–
112,00 bis 112,49	40,42	18,66	10,38	4,37	0,64	–
112,50 bis 112,99	40,77	18,91	10,58	4,52	0,74	–
113,00 bis 113,49	41,12	19,16	10,78	4,67	0,84	–
113,50 bis 113,99	41,47	19,41	10,98	4,82	0,94	–
114,00 bis 114,49	41,82	19,66	11,18	4,97	1,04	–
114,50 bis 114,99	42,17	19,91	11,38	5,12	1,14	–

Nettolohn täglich	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
115,00 bis 115,49	42,52	20,16	11,58	5,27	1,24	–
115,50 bis 115,99	42,87	20,41	11,78	5,42	1,34	–
116,00 bis 116,49	43,22	20,66	11,98	5,57	1,44	–
116,50 bis 116,99	43,57	20,91	12,18	5,72	1,54	–
117,00 bis 117,49	43,92	21,16	12,38	5,87	1,64	–
117,50 bis 117,99	44,27	21,41	12,58	6,02	1,74	–
118,00 bis 118,49	44,62	21,66	12,78	6,17	1,84	–
118,50 bis 118,99	44,97	21,91	12,98	6,32	1,94	–
119,00 bis 119,49	45,32	22,16	13,18	6,47	2,04	–
119,50 bis 119,99	45,67	22,41	13,38	6,62	2,14	–
120,00 bis 120,49	46,02	22,66	13,58	6,77	2,24	–
120,50 bis 120,99	46,37	22,91	13,78	6,92	2,34	0,03
121,00 bis 121,49	46,72	23,16	13,98	7,07	2,44	0,08
121,50 bis 121,99	47,07	23,41	14,18	7,22	2,54	0,13
122,00 bis 122,49	47,42	23,66	14,38	7,37	2,64	0,18
122,50 bis 122,99	47,77	23,91	14,58	7,52	2,74	0,23
123,00 bis 123,49	48,12	24,16	14,78	7,67	2,84	0,28
123,50 bis 123,99	48,47	24,41	14,98	7,82	2,94	0,33
124,00 bis 124,49	48,82	24,66	15,18	7,97	3,04	0,38
124,50 bis 124,99	49,17	24,91	15,38	8,12	3,14	0,43
125,00 bis 125,49	49,52	25,16	15,58	8,27	3,24	0,48
125,50 bis 125,99	49,87	25,41	15,78	8,42	3,34	0,53
126,00 bis 126,49	50,22	25,66	15,98	8,57	3,44	0,58
126,50 bis 126,99	50,57	25,91	16,18	8,72	3,54	0,63
127,00 bis 127,49	50,92	26,16	16,38	8,87	3,64	0,68
127,50 bis 127,99	51,27	26,41	16,58	9,02	3,74	0,73
128,00 bis 128,49	51,62	26,66	16,78	9,17	3,84	0,78
128,50 bis 128,99	51,97	26,91	16,98	9,32	3,94	0,83
129,00 bis 129,49	52,32	27,16	17,18	9,47	4,04	0,88
129,50 bis 129,99	52,67	27,41	17,38	9,62	4,14	0,93
130,00 bis 130,49	53,02	27,66	17,58	9,77	4,24	0,98
130,50 bis 130,99	53,37	27,91	17,78	9,92	4,34	1,03
131,00 bis 131,49	53,72	28,16	17,98	10,07	4,44	1,08
131,50 bis 131,99	54,07	28,41	18,18	10,22	4,54	1,13
132,00 bis 132,49	54,42	28,66	18,38	10,37	4,64	1,18
132,50 bis 132,99	54,77	28,91	18,58	10,52	4,74	1,23
133,00 bis 133,49	55,12	29,16	18,78	10,67	4,84	1,28
133,50 bis 133,99	55,47	29,41	18,98	10,82	4,94	1,33
134,00 bis 134,49	55,82	29,66	19,18	10,97	5,04	1,38
134,50 bis 134,99	56,17	29,91	19,38	11,12	5,14	1,43
135,00 bis 135,49	56,52	30,16	19,58	11,27	5,24	1,48

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn täglich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
135,50 bis 135,99	56,87	30,41	19,78	11,42	5,34	1,53
136,00 bis 136,49	57,22	30,66	19,98	11,57	5,44	1,58
136,50 bis 136,99	57,57	30,91	20,18	11,72	5,54	1,63
137,00 bis 137,49	57,92	31,16	20,38	11,87	5,64	1,68
137,50 bis 137,99	58,27	31,41	20,58	12,02	5,74	1,73
138,00 bis 138,49	58,62	31,66	20,78	12,17	5,84	1,78
138,50 bis 138,99	58,97	31,91	20,98	12,32	5,94	1,83
139,00 bis 139,49	59,32	32,16	21,18	12,47	6,04	1,88
139,50 bis 139,99	59,67	32,41	21,38	12,62	6,14	1,93
140,00 bis 140,49	60,02	32,66	21,58	12,77	6,24	1,98
140,50 bis 140,99	60,37	32,91	21,78	12,92	6,34	2,03
141,00 bis 141,49	60,72	33,16	21,98	13,07	6,44	2,08
141,50 bis 141,99	61,07	33,41	22,18	13,22	6,54	2,13
142,00 bis 142,49	61,42	33,66	22,38	13,37	6,64	2,18
142,50 bis 142,99	61,77	33,91	22,58	13,52	6,74	2,23
143,00 bis 143,49	62,12	34,16	22,78	13,67	6,84	2,28
143,50 bis 143,99	62,47	34,41	22,98	13,82	6,94	2,33
144,00 bis 144,49	62,82	34,66	23,18	13,97	7,04	2,38
144,50 bis 144,99	63,17	34,91	23,38	14,12	7,14	2,43
145,00 bis 145,49	63,52	35,16	23,58	14,27	7,24	2,48
145,50 bis 145,99	63,87	35,41	23,78	14,42	7,34	2,53
146,00 bis 146,49	64,22	35,66	23,98	14,57	7,44	2,58
146,50 bis 146,99	64,57	35,91	24,18	14,72	7,54	2,63
147,00 bis 147,49	64,92	36,16	24,38	14,87	7,64	2,68
147,50 bis 147,99	65,27	36,41	24,58	15,02	7,74	2,73
148,00 bis 148,49	65,62	36,66	24,78	15,17	7,84	2,78
148,50 bis 148,99	65,97	36,91	24,98	15,32	7,94	2,83
149,00 bis 149,49	66,32	37,16	25,18	15,47	8,04	2,88
149,50 bis 149,99	66,67	37,41	25,38	15,62	8,14	2,93
150,00 bis 150,49	67,02	37,66	25,58	15,77	8,24	2,98
150,50 bis 150,99	67,37	37,91	25,78	15,92	8,34	3,03
151,00 bis 151,49	67,72	38,16	25,98	16,07	8,44	3,08
151,50 bis 151,99	68,07	38,41	26,18	16,22	8,54	3,13
152,00 bis 152,49	68,42	38,66	26,38	16,37	8,64	3,18
152,50 bis 152,99	68,77	38,91	26,58	16,52	8,74	3,23
153,00 bis 153,49	69,12	39,16	26,78	16,67	8,84	3,28
153,50 bis 153,99	69,47	39,41	26,98	16,82	8,94	3,33
154,00 bis 154,49	69,82	39,66	27,18	16,97	9,04	3,38
154,50 bis 154,99	70,17	39,91	27,38	17,12	9,14	3,43
155,00 bis 155,49	70,52	40,16	27,58	17,27	9,24	3,48
155,50 bis 155,99	70,87	40,41	27,78	17,42	9,34	3,53

	Pfändbarer Betrag bei Unterhaltspflicht für ... Personen					
Nettolohn täglich	0	1	2	3	4	5 und mehr
in Euro						
156,00 bis 156,49	71,22	40,66	27,98	17,57	9,44	3,58
156,50 bis 156,99	71,57	40,91	28,18	17,72	9,54	3,63
157,00 bis 157,49	71,92	41,16	28,38	17,87	9,64	3,68
157,50 bis 157,99	72,27	41,41	28,58	18,02	9,74	3,73
158,00 bis 158,49	72,62	41,66	28,78	18,17	9,84	3,78
158,50 bis 158,99	72,97	41,91	28,98	18,32	9,94	3,83
159,00 bis 159,49	73,32	42,16	29,18	18,47	10,04	3,88
159,50 bis 159,99	73,67	42,41	29,38	18,62	10,14	3,93
160,00 bis 160,49	74,02	42,66	29,58	18,77	10,24	3,98
160,50 bis 160,99	74,37	42,91	29,78	18,92	10,34	4,03
161,00 bis 161,49	74,72	43,16	29,98	19,07	10,44	4,08
161,50 bis 161,99	75,07	43,41	30,18	19,22	10,54	4,13
162,00 bis 162,49	75,42	43,66	30,38	19,37	10,64	4,18
162,50 bis 162,99	75,77	43,91	30,58	19,52	10,74	4,23
163,00 bis 163,49	76,12	44,16	30,78	19,67	10,84	4,28
163,50 bis 163,99	76,47	44,41	30,98	19,82	10,94	4,33
164,00 bis 164,49	76,82	44,66	31,18	19,97	11,04	4,38
164,50 bis 164,99	77,17	44,91	31,38	20,12	11,14	4,43
165,00 bis 165,49	77,52	45,16	31,58	20,27	11,24	4,48
165,50 bis 165,99	77,87	45,41	31,78	20,42	11,34	4,53
166,00 bis 166,30	78,22	45,66	31,98	20,57	11,44	4,58
Der Mehrbetrag über 166,30 EURO ist voll pfändbar.						

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II**Nr. 5, ausgegeben am 4. April 2019**

Tag	Inhalt	Seite
31. 3.2019	Gesetz zur Erteilung der Zustimmung nach § 7 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 des Integrationsverantwortungsgesetzes zu dem Vorschlag einer Satzungsänderung der Europäischen Investitionsbank vom 15. Oktober 2018 GESTA: XD003	202
31. 3.2019	Gesetz zu dem Abkommen vom 14. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mauritius über den Luftverkehr GESTA: XJ002	205
31. 3.2019	Gesetz zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden GESTA: XJ003	220
27. 2.2019	Bekanntmachung der deutsch-indischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	259
27. 2.2019	Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	261
4. 3.2019	Bekanntmachung über Änderungen des Beitragsschlüssels des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)	264
5. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Freibord-Übereinkommen von 1966	266
5. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	266
5. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1988 zu dem Internationalen Übereinkommen von 1974 zum Schutz menschlichen Lebens auf See	267
6. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten und des Zusatzprotokolls hierzu	268
6. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs	269
6. 3.2019	Bekanntmachung der deutsch-marokkanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	269
7. 3.2019	Bekanntmachung der deutsch-marokkanischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	271
7. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	273
13. 3.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Bergung	274
14. 3.2019	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen	274
14. 3.2019	Bekanntmachung über das teilweise Inkrafttreten des Abkommens vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland	280

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 8,55 € (7,50 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 2 Absatz 3 des Verkündungs- und Bekanntmachungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird auf folgende im Bundesanzeiger (www.bundesanzeiger.de) verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

	Datum und Bezeichnung der Verordnung	Fundstelle	Tag des Inkrafttretens
8. 3. 2019	Zweite Verordnung zur Änderung der EEMD-Gebietsvorgabenverordnung FNA: 9290-16-4	BAnz AT 14.03.2019 V1	15. 3. 2019
11. 3. 2019	Dreißigste Verordnung zur Änderung der Hundertsechzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Verkehrslandeplatz Augsburg) FNA: 96-1-2-160	BAnz AT 21.03.2019 V1	18. 7. 2019
20. 3. 2019	Zweite Verordnung zur Änderung der EEMD-Zulassungsverordnung FNA: 9290-16-5	BAnz AT 26.03.2019 V1	27. 3. 2019
27. 3. 2019	Fünfte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch (Fünfte Aus- und Weiterbildungsdienstleistungenarbeitsbedingungenverordnung – AusbDienstLARbbV5) FNA: neu: 810-1-70-5	BAnz AT 29.03.2019 V1	1. 4. 2019